

# 15. Sitzung

## des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 14. April 2021

### Anwesend sind:

|                       |   |     |
|-----------------------|---|-----|
| Bürgermeisterin:      | Mag. (FH) Völkl Andrea  | ÖVP |
| 1. Vizebürgermeister: | Mag. Falb Martin  | ÖVP |
| 2. Vizebürgermeister: | Holzer Othmar   | SPÖ |
| Stadträte ÖVP:        | Dummer Gerhard, Ing. Mag. Hödl Herwig,<br>Mag. Koll Felix, Dr. Moser Christian  |     |
| Stadträte SPÖ:        | Mujkanovic Samira, Scheele Heinz  |     |
| Stadtrat GRÜNE:       | DI Pfeiler Dietmar  |     |
| Stadtrat FPÖ:         | Pohl Herbert  |     |
| Gemeinderäte ÖVP:     | Dkkfm. Bartosch Johannes (ab 19:14 Uhr),<br>Franta Martin, BEd, Gaida Siegfried, Handschuh Monika,<br>Hetzendorfer Gregor, Ibraimi Setki, Kopf Eleonore,<br>Ludl Iris, Samer Peter, Mag. Trabauer Manuela,<br>Weiss Margit, Zagler Matthias |     |
| Gemeinderäte SPÖ:     | Erkol Yasar, Kurzmann Manuel, Osmanovic Admir,<br>Pollak Daniel, Polly Michael, Mag. Rester Alexandra,<br>Rester Christian, Rosenberger Markus  |     |
| Gemeinderäte GRÜNE:   | OStR Mag. Klinger Walter, Mag. Kamath-Petters Radha,<br>Mag. Kubat Matthias, Ing. Mag. Straka Andreas   |     |
| Gemeinderäte FPÖ:     | GR Ćorković Alen (ab 20:40 Uhr), Polacek Klaus  |     |

### Entschuldigt:

GR Dkkfm. Bartosch Johannes (ÖVP) bis 19:14 Uhr)  
GR Ćorković Alen (FPÖ) bis 20:40 Uhr

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Videokonferenz – die Sitzung wird über MS-Teams aufgezeichnet.

**Beginn:** 18:30 Uhr

**Ende:** 21:10 Uhr

**Tagesordnung:**

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- II. Genehmigung des Protokolls vom 23.03.2021**
- III. Bericht des Umweltgemeinderates**
- IV. Anträge der Stadträte**
  - a.) Ref. III - Finanzen**
    - 1.) Neuvereinbarung Gastarif EVN
  - b.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**
    - 1.) Grundtausch Fuchsenbühel und Übernahme Straße
  - c.) Ref. V – Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration**
    - 1.) Gratis-Lollipop-Tests für Kindergartenkinder
  - d.) Ref. VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof**
    - 1.) Reststoffdeponie Stockerau – Gasfackel – Beauftragung
    - 2.) Städtischer Friedhof Stockerau – Blechdachsanierung Arkaden – Vergabe von Leistungen
  - e.) Ref. VIII – Verkehr, Infrastruktur und Straßen**
    - 1.) Rahmenausschreibung Straßenbau 2021 – Vergabe von Bauleistungen
    - 2.) Vertrag über die Benützung von öffentlichem Wassergut

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

- I. Anträge der Stadträte**
  - a.) Ref. III - Finanzen**
    - 1.) Wirtschaftsförderung
  - b.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**
    - 1.) Befristeter Mietvertrag Wohnung
    - 2.) Mietvertrag – Niembschhof – Räume für Europakindergarten

## **I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

*Bürgermeisterin Völkl* eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

## **II. Genehmigung des Protokolls vom 23.03.2021**

*Bürgermeisterin Völkl*: Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 23.03.2021 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwände.

*Stadtrat Koll*: Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung zum letzten Protokoll, und zwar zu dem Punkt betreffend den Teilverkauf des Grundstückes Nr. 456/1 südlich des Umspannwerkes. Ich möchte da nur betonen, dass die Wahrheit wahr ist und sein wird, dass in Wirklichkeit nur geplant ist, einen Teil von 1.723 m<sup>2</sup> zu verkaufen, und auch nur diesen Teil umzuwidmen, soweit das rechtlich möglich ist. Deshalb haben wir da einen Grundsatzbeschluss nur gefasst, weil ich nicht sinnlose Kosten verursachen wollte, weil da rechtlich allerlei zu prüfen ist. Da sind wir gerade dabei. In Wirklichkeit ging es immer nur um einen Teilverkauf dieses Grundstückes und nicht um eine Umwidmung des gesamten. Ich gebe zu, dass es von mir ein bisschen unglücklich formuliert wurde, möglicherweise, weil das vielleicht ein Fehler von mir ist - ich weiß nicht, möchte mich auch dafür entschuldigen, dass ich Amtsberichte nicht einfach vorlese, sondern versuche, aus dem Juristendeutsch und aus dem Amtsdeutsch auch eine kleine Geschichte zu machen und zu erzählen, was ich vorhabe. Das ist dann auch so protokolliert worden. Insofern gebe ich durchaus zu, dass man der Meinung hätte sein können, dass das ganze Grundstück in irgendeiner Form als Bauland umgewidmet werden soll. Das tut mir leid. Ich sage bei der Gelegenheit nur und das sind meine zwei oder drei letzten Sätze, dass ich meinen Ausschuss sehr schätze, an diesem Tag, an dem wir diesen Grundsatzbeschluss im Ausschuss beschlossen haben und schließlich auch im Gemeinderat und auch vorher darüber geredet haben bei verschiedenen sonstigen Treffen. Das wäre ein grober Vertrauensbruch, wenn ich mit irgendeinem Taschenspielertrick versuche, meinen Ausschuss, der das gleich durchschauen würde, irgendwie hinters Licht zu führen, um durch diese Art und Weise ganz etwas anderes herbeizuführen, worüber wir uns einig waren. Es hat auch damals sich niemand gemeldet. Die GRÜNEN waren nicht vertreten, weil GR Andi Straka entschuldigt war. Wäre er dort gewesen, glaube ich, wäre die ganze Geschichte nicht passiert. Ich muss auch dazu sagen, es wäre relativ einfach gewesen, mit einem Telefonat mit mir die Situation abzuklären. Konzediere, dass es ok ist, politisch das irgendwie auszuschlachten. Ich glaube nur, dass in ohnehin sehr schwierigen Zeiten, die Leute zusätzlich zu ängstigen und über die Medien dann zu verbreiten, ich hätte die Unwahrheit gesagt. Das halte ich aus, das ist kein Problem, weil ich weiß, dass ich es nicht getan habe. Aber ich habe es ein bisschen für unglücklich gehalten, dass da, anstatt mich anzurufen, über verschiedenste Medien in der Öffentlichkeit Unsicherheit verursacht wurde. Ich fasse zusammen: Geplant ist, 1.723 m<sup>2</sup> zu verkaufen. Ich habe auch die Anregung von Stadtrat Pfeiler aufgenommen und habe mit der EVN unmittelbar mit der Sitzung

telefoniert, um mich zu erkundigen, ob ein anderer Standort allenfalls in Frage käme. Wurde dort zum Vorgesetzten des Anfragenden verbunden und der hat mir dann schriftlich bestätigt, dass in Wirklichkeit das für sie ausreicht und es nicht geplant ist, woanders irgendwas ganz anderes zu bauen. Für die letzten 30, 40 Jahre war das gut, was sie haben. Er meint, für die nächsten 30, 40 Jahre wird das, was sie dann bekommen, wieder ausreichen. Es wäre nötig, und da brauche ich mich nicht lange auslassen, für die Ertüchtigung und Umorganisation des Stromnetzes ehe baldigst zu sorgen, weil jeder, der zu tun hat mit öffentlicher Stromversorgung, weiß, dass das ein großes Problem in der Zukunft sein wird. Das nur als kleine Anmerkung zum Protokoll, weil das in letzter Zeit in bisschen Schlagzeilen gemacht hat.

*Gemeinderätin Kamath-Petters:* Ich möchte hier anmerken, dass wieder das Protokoll sehr spät angekommen ist, und es ist wirklich schwierig, glaube ich, für uns alle, innerhalb von 24 oder 30 Stunden, das Protokoll durchzulesen, durchzuscrollen. Ich möchte noch einmal darum bitten, diese Zeit einzuhalten, also diese Frist einzuhalten.

Felix Koll, danke für die Ausführungen. Ich denke, das war ein Zusatz für das Argumentarium vom letzten Mal. Ich denke mir, das war keine Anmerkung zum Protokoll sondern eine Wortmeldung. Danke noch einmal zur Aufklärung.

### **Abstimmung Protokoll**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

#### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

Gem. § 46 Abs. 3 NÖ GO liegen **5 Dringlichkeitsanträge** vor:

**1.) Dringlichkeitsantrag von StR Koll**  
**Mietvertrag mit Land NÖ – Millenniumshalle - Impfzentrum**

Stadttrat Koll: Um die COVID-19 Pandemie so rasch wie möglich einzudämmen, sollen im Land Niederösterreich Impfzentren eingerichtet werden. Die Organisation und der Betrieb der Impfzentren sollen durch einen oder mehrere Dritte im Auftrag des Landes Niederösterreich erfolgen.

Das Land Niederösterreich möchte kurzfristig Räumlichkeiten anmieten und einem Dritten für den Betrieb eines Impfzentrums zur Verfügung stellen.

Die Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt, dem Land NÖ die Millenniumshalle für ein Impfzentrum zu vermieten.

Aus diesen Gründen soll ein Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und dem Land NÖ abgeschlossen werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ist gegeben, da das Mietverhältnis bereits mit 21.04.2021, 00:00 Uhr beginnen soll.

Es wird der

**Antrag**

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

**Abstimmung über Dringlichkeit**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 17 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 2  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird in der öffentlichen Sitzung behandelt.

## 2.) **Dringlichkeitsantrag von StR Koll** **Pachtvertrag – Kleingartenparzelle**

*Stadtrat Koll:* Die Abklärung hinsichtlich der Neuverpachtung der Gartenparzelle 22 in der Kleingartenanlage Unter den Linden ist nunmehr abgeschlossen und die Verpachtung soll beschlossen werden.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da die Gartensaison vor der Türe steht, die potenziellen Pächter schon lange auf die Entscheidung warten und noch Vorarbeiten für die Benützung zu leisten sind.

Es wird der

### **Antrag**

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der nicht öffentlichen Sitzung behandeln.

### **Abstimmung über Dringlichkeit**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

#### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird in der nicht öffentlichen Sitzung behandelt.

### 3.) **Dringlichkeitsantrag von Vizebgm. Falb Grüninselpflege – Vergabe von Leistungen**

Vizebürgermeister Falb: Aufgrund der nicht vorhandenen personellen Ressourcen für die Pflege von Grüninseln im Randgebiet der Stadt (im Umkreis der Senningerstraße) soll die Betreuung durch den gemeinnützigen Verein "Aktion Lebensraum Wald" in Form eines einjährigen Probetriebes durchgeführt werden.

#### Begründung der Dringlichkeit:

Da die Saison für die Grüninselpflege bereits begonnen hat und der gemeinnützige Verein "Aktion Lebensraum Wald" seine Tätigkeiten planen muss, ist eine rasche Beauftragung notwendig.

Es wird der

#### **Antrag**

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

#### **Abstimmung über Dringlichkeit**

#### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

#### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird in der öffentlichen Sitzung behandelt.

**4.) Dringlichkeitsantrag von StR Hödl**  
**Beschaffung von Rad- und Scooter-Abstellanlagen**

Stadtrat Hödl:

1. Projektanmeldung Dorf- und Stadterneuerung/Gemeinde 21
2. Beschaffung von
  - a. Kinderfahrradständern und Scooterparkern für Kindergärten
  - b. Scooterparkern und Einstellbügel für den Bereich des Schulcampus und
  - c. Musterfahrradabstellanlagen für den Bereich der Impf- und Teststraße sowie im Innenstadtbereich

Begründung der Dringlichkeit:

Der Beschaffungsvorgang wurde grundsätzlich im Verkehrsausschuss am 06.04. inhaltlich diskutiert und einvernehmlich der Ankauf wie im Betreff festgehalten freigegeben.

Offen war allerdings die Frage die Heranziehung öffentlicher Fördermittel und die Frage, ob die Fassung eines Gremialbeschlusses oder eine Auftragserteilung vor einem Förderantrag zulässig sind.

Für eine Fördermöglichkeit aus Mitteln der Dorf- und Stadterneuerung ist vor dem Beschaffungsvorgang eine Projektanmeldung zu beschließen und zu unterfertigen.

Mit 12.04.2021 wurde das Aktionsprogramm klimaaktiv mobil Radverkehr und Mobilitätsmanagement veröffentlicht. Leider können hier für den antragsgegenständlichen Zweck keine Förderungen lukriert werden.

Klarheit über die Zulässigkeit eines Gremialbeschlusses konnte erst durch die Veröffentlichung des Aktionsprogramms erreicht werden, die Beschaffung von Rad- und Scooterständern soll so rasch wie möglich erfolgen.

Es wird daher der

**ANTRAG**

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

**Abstimmung über Dringlichkeit**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird in der öffentlichen Sitzung behandelt.

**5.) Dringlichkeitsantrag von StR Pohl**  
**Baseballverein – Zuschuss für Zaun**

*Stadtrat Pohl:* 2020 war im Budget die Unterstützung des Baseballvereins für die Errichtung eines Zauns zum Schutz vor Vandalismus mit einer Länge von 220 m und budgetierten Kosten von € 9.000,-- enthalten. Aus verschiedenen Gründen konnte das Projekt 2020 nicht umgesetzt werden und wurde 2021 nicht budgetiert.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da im März 2021 der Zaun realisiert wurde und nun die Bezahlung der Rechnungen sowie die Auszahlung der Förderung durch die Stadtgemeinde Stockerau dringend anstehen.

Es wird der

**Antrag**

gestellt,

der Gemeinderat wolle die Dringlichkeit zuerkennen und den Antrag in der öffentlichen Sitzung behandeln.

**Abstimmung über Dringlichkeit**

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 17 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 2  |

Die Dringlichkeit ist gegeben und der Antrag wird in der öffentlichen Sitzung behandelt.

### **III. Bericht des Umweltgemeinderates**

*Stadtrat Pfeiler:* Gerne komme ich auch in dieser Gemeinderatssitzung meiner Informations- und Berichtspflicht über die Aktivitäten in meiner Funktion als Umweltgemeinderat nach.

#### **1.) Flurreinigungsaktion am 10.04.2021**

Die Flurreinigungsaktion, vorbereitet für 10.04., musste aufgrund der geltenden Ausgangssperre in Ostösterreich abgesagt werden. Auch der in Oberzögersdorf ins Auge gefasste Ersatztermin am 17.04. kann durch die Verlängerung der Ausgangssperre bis 18.04. nicht wahrgenommen werden.

Danke an die Kolleginnen und Kollegen sowie an die beiden Ortsvorsteher in Unter- und Oberzögersdorf, Koll. Ruzicka und Koll. Singer, für die gute Zusammenarbeit. Darauf können wir für 2022 aufbauen, dass es dann klappen wird mit der gemeinsamen Aktion.

#### **2.) Energiegemeinschaften – Pilotprojekte in NÖ**

Am 25.03. durfte ich an einem Webinar der enu (Energie- und Umweltagentur NÖ) zum Thema Energiegemeinschaften teilnehmen. Energiegemeinschaften ermöglichen die Lieferung von dezentral erzeugter erneuerbarer Energie über die Grundstücksgrenzen hinweg. Praktisches Beispiel wäre z.B. eine PV-Anlage auf dem Dach der Feuerwehrzentrale, die überschüssige Energie an die Wohnungen des Niembschhofes liefert. Dies wird in naher Zukunft rechtlich möglich sein. Dadurch verbessert sich auch die Wirtschaftlichkeit von PV-Anlagen, denn gegenüber der Netzeinspeisung wären deutlich bessere Abnahmetarife zu erzielen.

Die enu sucht Pilotgemeinden, um die neuen Möglichkeiten in NÖ in einem gut begleiteten und betreuten Umfeld zu testen. Es wäre sinnvoll, wenn Stockerau hier an vorderer Stelle dabei mit dabei wäre.

#### **3.) Aktuelle Entwicklungen am Sektor der E-Mobilität und E-Car-Sharing**

Die enu (Energie- und Umweltagentur NÖ) bietet kostenlose Beratungsangebote für Gemeinden an. Am 20.05. um 18.00 Uhr ist ein Umweltausschuss geplant. Dazu ist ein Vertreter der enu geladen, der die aktuelle Situation am Sektor der E-Mobilität, also Modellpalette, Fördermöglichkeiten, Möglichkeiten im Beschaffungsservice des Landes NÖ etc. erläutern wird. Ich möchte damit Raum für einen fachlichen Dialog zu den aktuellen

Möglichkeiten der E-Mobilität öffnen. Weiters sollen Möglichkeiten der Etablierung von E-Car-Sharing auf Gemeindeebene anhand von konkreten bestehenden Praxisbeispielen, aufgezeigt werden. Teilen und nutzen statt zu besitzen erscheint mir ein zukunftssträchtiger Ansatz der Ressourcenschonung ohne nennenswerte Komfortverluste zu sein.

Die Form des Umweltausschusses wird sich an den geltenden Corona-Bestimmungen natürlich orientieren und unterordnen. Zuhörer und Zuhörerinnen aus dem Gemeinderat sind natürlich ausdrücklich willkommen.

#### 4.) Luftschadstoffsituation 2019 - 2020 und 2021

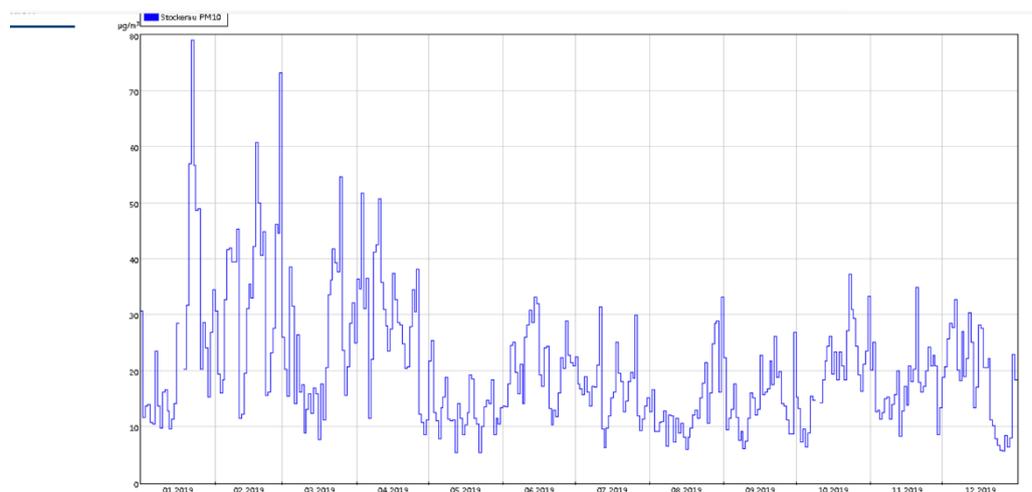
##### Feinstaub PM10

##### Anzahl Tage > 50 µg/m<sup>3</sup> (TMW Tagesmittelwert)

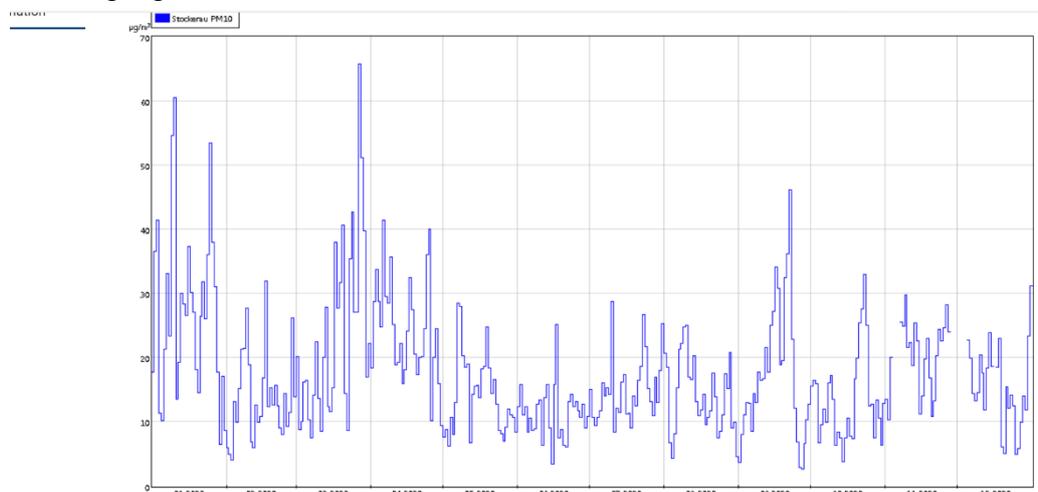
- Anzahl der Überschreitungstage 2019 (01.01.-31.12.): 8 Tage
- Anzahl der Überschreitungstage 2020 (01.01.-31.12.): 5 Tage
- Anzahl der Überschreitungstage 2021 (01.01.-31.03.): 0 Tage  
(1 Tag mit genau 50 µg/m<sup>3</sup>, zählt aber nicht als Überschreitungstag)

(gem. IG-L sind max. 25 Überschreitungstage beim TMW zulässig)

##### Jahresganglinie 2019



##### Jahresganglinie 2020



Die Jahresganglinie 2020 liegt insgesamt etwas niedriger als 2019. D.h. in Summe war hier ein Rückgang der Feinstaubbelastungen zu beobachten. Das geringere Verkehrsaufkommen auf der A22 sicher auch ein Einflussfaktor war, ein positiver hier auf die Feinstaubsituation.

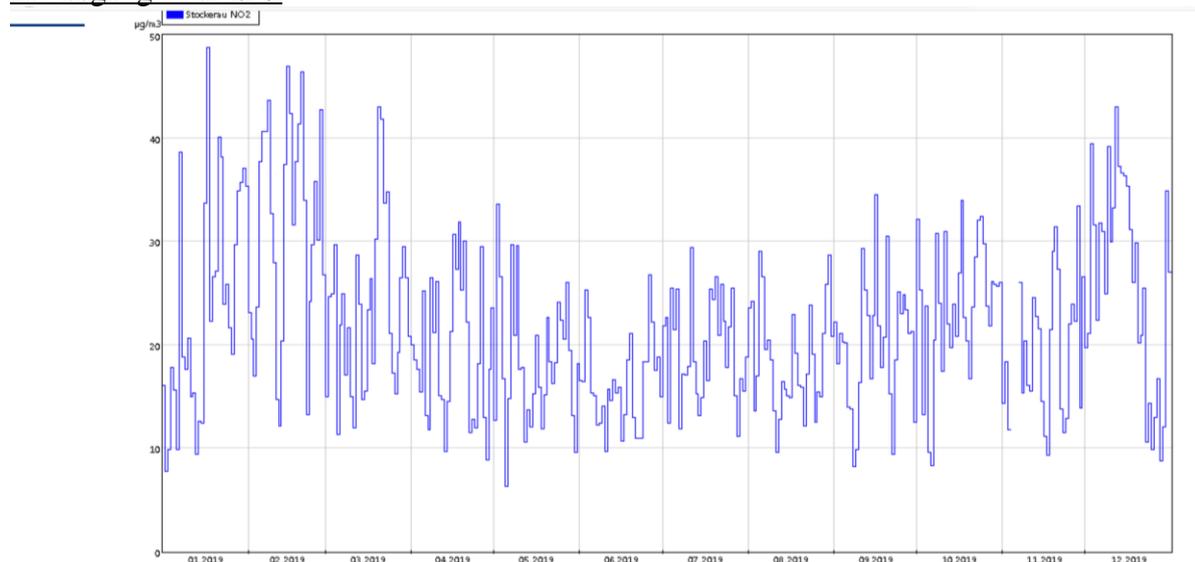
PM10 (in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) – Tagesmittelwerte 2019 – 2021 nach Monaten

| Monat       | 2019      | 2020      | zu 2019     | 2021      | zu 2019 |
|-------------|-----------|-----------|-------------|-----------|---------|
| 1           | 26        | 27        | 7%          | 17        | -37%    |
| 2           | 34        | 14        | -60%        | 28        | 105%    |
| 3           | 24        | 23        | -1%         | 23        | -2%     |
| 4           | 29        | 24        | -16%        |           |         |
| 5           | 13        | 14        | 9%          |           |         |
| 6           | 21        | 11        | -46%        |           |         |
| 7           | 17        | 15        | -10%        |           |         |
| 8           | 14        | 14        | 2%          |           |         |
| 9           | 15        | 17        | 18%         |           |         |
| 10          | 20        | 13        | -33%        |           |         |
| 11          | 17        | 20        | 19%         |           |         |
| 12          | 19        | 15        | -17%        |           |         |
| <b>Jahr</b> | <b>20</b> | <b>17</b> | <b>-15%</b> | <b>22</b> |         |

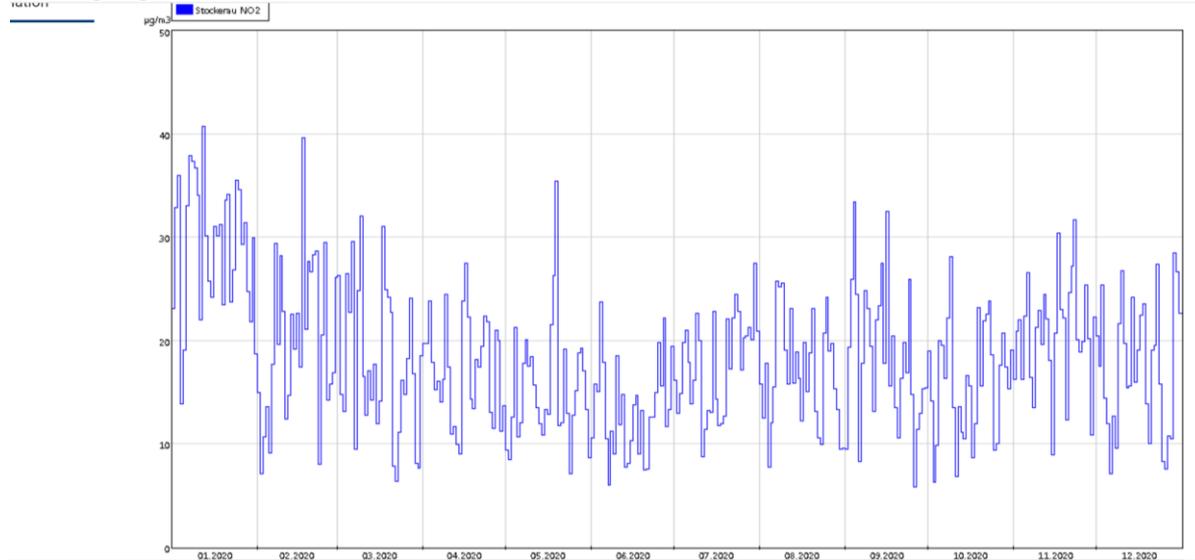
Über das Gesamtjahr 2020 betrachtet kam zu einer Reduktion der Durchschnittsbelastung bei PM10 von -15% gegenüber 2019. Stockerau lag somit im Jahr 2020 unter dem WHO-Richtwert für den Jahresmittelwert PM10 ( $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$ ).

**Stickstoffdioxid NO<sub>2</sub>**

Jahresganglinie 2019



## Jahresganglinie 2020



Die Jahresganglinie 2020 liegt insgesamt etwas niedriger als 2019. Es gibt deutlich mehr Tage mit einer Belastung unter  $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$  und die Tage mit Belastungen  $>30 \mu\text{g}/\text{m}^3$  ist deutlich geringer als 2019.

### NO<sub>2</sub> (in $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) – Tagesmittelwerte 2019 – 2021 nach Monaten

| Monat       | 2019      | 2020      | zu 2019     | 2021      | zu 2019 |
|-------------|-----------|-----------|-------------|-----------|---------|
| 1           | 24        | 29        | 23%         | 19        | -36%    |
| 2           | 31        | 20        | -35%        | 21        | 5%      |
| 3           | 24        | 18        | -24%        | 21        | 16%     |
| 4           | 19        | 17        | -12%        |           |         |
| 5           | 18        | 15        | -17%        |           |         |
| 6           | 16        | 13        | -17%        |           |         |
| 7           | 20        | 18        | -9%         |           |         |
| 8           | 19        | 17        | -10%        |           |         |
| 9           | 20        | 18        | -8%         |           |         |
| 10          | 24        | 16        | -32%        |           |         |
| 11          | 20        | 21        | 5%          |           |         |
| 12          | 26        | 18        | -33%        |           |         |
| <b>Jahr</b> | <b>22</b> | <b>18</b> | <b>-15%</b> | <b>20</b> |         |

Über das Gesamtjahr 2020 betrachtet, kam zu einer Reduktion der Durchschnittsbelastung bei NO<sub>2</sub> von -15% gegenüber 2019, ähnlich wie bei PM10.

Der Immissionsgrenzwerte zum Schutz der Gesundheit beträgt bei NO<sub>2</sub>  $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$  (Jahresmittelwert). Hier liegen wir deutlich unter den Werten, die hier angegeben sind.

Danke für Ihre Geduld und Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

Stadtrat Dummer: Zur enu wollte ich nur sagen, dass wir da schon bei den öffentlichen Gebäuden mittendrin sind. Das haben wir schon vor neun Monaten gestartet. Wir haben sieben öffentliche Gebäude mit der enu ausgewählt. Wir haben einmal alle öffentlichen Gebäude gemeldet, auch die Feuerwehr. Die enu hat dann nach ihren Erfahrungswerten diese sieben Gebäude, die wir jetzt auch beim Klimafonds eingereicht haben, definiert. Im Zuge dessen sind natürlich auch Energiegemeinschaften ein Thema, wobei das Gesetz noch nicht ganz fertig ist. Aber es hat sich insofern verändert, dass die Energieanbieter reagiert haben und jetzt Einspeisetarife anbieten, die sozusagen beide in Verbrauchstarifen liegen. D.h., was wir für Strom zahlen, das zahlt uns die EVN auch, wenn wir Strom einspeisen. Damit wollen sie wahrscheinlich den Verwaltungsaufwand, der für sie damit verbunden ist, mit diesen Energiegemeinschaften, ein bisschen abfedern und schauen, dass sich das möglichst weiter innerhalb der Stromanbieter bewegt, diese Strommengen. Die Netzkosten hat man sowieso, also auch in der Energiegemeinschaft muss man die Netzkosten zahlen. Es geht um den reinen Verbrauchstarif. Aber das haben wir im Visier, an dem wird gearbeitet. Da ist demnächst wieder ein Termin mit der enu, dass wir da bei unseren PV-Anlagen, bei den sieben, in Summe 1 megawatt peak, glaube ich, dass wir da weiter tun. Das Projekt „Sonneninsel“ haben wir auch am Start. Das ist auch in Zusammenarbeit mit der enu. Wir sind da eigentliche eh schon ganz und sehr weit unterwegs in die Richtung.

Gemeinderat Pollak: Vielen Dank für den spannenden Bericht und auch die Ergänzungen von StR Dummer. Eine Frage hätte ich zu den Messwerten. Wenn ich mir den Luftgütebericht des Landes NÖ anschau, sehe ich diese Grenzwerte für Feinstaub zumeist in Mikrogramm ( $\mu\text{g}$ ) pro  $\text{m}^3$  angegeben. Wenn ich mir vorstelle, dass die von dir verlesenen Grenzwerte jetzt in wirklich Mikrogramm ( $\mu\text{g}$ ) pro  $\text{dm}^3$  sind, dann ahne ich böses. Kannst du das noch einmal verifizieren, dass es tatsächlich diese Messgröße wäre.

Stadtrat Pfeiler: Die Messgröße ist Mikrogramm ( $\mu\text{g}$ ) pro  $\text{dm}^3$  beim Feinstaub. Sage ich etwas anderes?

Gemeinderat Pollak: Nein, nur die Messwerte, die ich kenne und das auch aktuell sehe, sind meistens in Mikrogramm ( $\mu\text{g}$ ) pro  $\text{m}^3$  angegeben und in einer ähnlichen Größenordnung. Damit befürchte ich da möglicherweise einen Übertragungsfehler, möglicherweise eine momentan sehr hohe Belastung. Vielleicht könnte man das noch in schriftlicher Form verifizieren.

Stadtrat Pfeiler: Danke, ich habe mir heute und in den letzten Tagen die Daten runtergeladen und da waren selbstverständlich, meiner Meinung nach selbstverständlich, immer diese Mikrogrammwerte ( $\mu\text{g}$ ). Wenn man sich die Datensätze herunterlädt ist da als Einheit eindeutig Mikrogramm ( $\mu\text{g}$ ) pro  $\text{dm}^3$ , sind die Messeinheiten und die Einheit der angegebenen Grenzwerte und in gleicher Weise in den von mir heruntergeladenen Daten bei PM10 Feinstaub. Ebenfalls die Messeinheit Mikrogramm ( $\mu\text{g}$ ) pro  $\text{dm}^3$ .

Gemeinderat Pollak: Das sind Einstundenmittelwerte?

Stadtrat Pfeiler: Die Werte, die ich jetzt genannt habe, bezogen sich jeweils auf den Tagesmittelwert, denn die Überschreitungstage gemäß IG-Luft beziehen sich auf die Tagesmittelwerte und die Gesamtbelastung, die ich zum Ausdruck gebracht habe, waren sozusagen die gemittelten Tagesmittelwerte.

Gemeinderat Pollak: Vielen Dank für die Erläuterung. Das erklärt den Unterschied.

Gemeinderat Gaida: Zum Car-sharing-Programm, das erwähnt wurde, mit der enu, möchte ich auch erinnern, dass man da auch viele Überlegungen in viele Richtungen hat, bzw. dass ein bestehendes Programm noch läuft. Soweit ich weiß, sind da auch die Raika und die ÖBB involviert. Ich wollte auch nachfragen bzw. warte noch auf Informationen, wie das bis jetzt gelaufen ist, dass man daraus Schlüsse ziehen kann. Da wäre ich sehr dankbar, dass wir Informationen bekommen, wie das bestehende Car-sharing-Programm derzeit läuft, dass wir das wissen, dass wir dann in Zukunft vielleicht etwas besser machen können oder nicht vielleicht das gleiche noch einmal macht, das möglicherweise gar nicht so erfolgreich war.

Stadtrat Pfeiler: Das kann ich gerne verifizieren. Danke, das würde dann gut passen, wenn wir das am 20. Mai zusammentragen, die Information. Zu diesem Termin selber – bei dem Termin sollen einfach nur Praxisbeispiele vorgestellt werden. Da geht es nicht, dass ich da jetzt irgendwo ein Projekt aufstelle. Das wäre sozusagen anmaßend. Mir ist es einfach darum gegangen, hier einen Raum zu geben in dem Umweltausschuss, um einfach einmal Erfahrungen von außen hier vorzustellen. Was wir dann als Gemeinde daraus machen, was die Stadtgemeinde Stockerau dann daraus macht, ist dann sozusagen der nächste Schritt, wenn man etwas daraus machen möchte. Es geht rein um eine Beratung und um eine aktuelle Tabellenübersicht bei den Elektrofahrzeugen, denn es läuft jetzt gerade wieder die Rahmenausschreibung des Landes NÖ, wo es auch neue Modelle gibt. Ich glaube, es ist eine gute Möglichkeit und ein guter Zeitpunkt, da wieder aktuelle Sicht auf den Markt und auf die über die Beschaffung des Landes NÖ abrufbare Fahrzeuge zu bekommen.

**Beschluss:**

**einstimmig zur Kenntnis genommen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

## **Bericht – Corona**

*Bürgermeisterin Völkl:* Seit Beginn der Teststraße wurden ca. 50.000 Personen hier in Stockerau getestet, rund 108 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Teststraße seit Beginn über diesen Zeitraum. Von der Gemeinde organisiert wurden auch zwei Impfstraßen. Die fanden am 20. März und am 3. April in der Millenniumshalle statt und je Termin erhielten rund 1.000 Personen in der Altersgruppe über 80 Jahre die erste Teilimpfung. Die zweiten Teilimpfungen finden am 17.04. und am 01.05. statt. Geimpft wird mit Moderna. Ab 19. April gibt es durch das Land NÖ 20 Impfzentren. Die Organisation und der Betrieb der Impfzentren werden über einen Betreiber durchgeführt. Stockerau wird mit der Millenniumshalle ein dieser Standorte sein. Der Betrieb startet am 22. April und den zugehörigen Mietvertrag, haben wir heute schon gehört, behandeln wir in der heutigen Sitzung. Die Teststraße wird mit 20. April in das Foyer der Sporthalle Alte Au verlegt und übersiedelt. Ich möchte mich wirklich ganz herzlich bedanken bei allen Freiwilligen für ihren großen Einsatz. Als Bürgermeisterin dieser Stadt erfüllt es mich mit wirklich großer Freude und auch Zuversicht, dass so viele Menschen sich in den Dienst einer guten Sache stellen. Wir haben sehr viele positive Rückmeldungen, die uns von Menschen erreichen, die bei uns testen waren oder gehen oder auch einen Impftermin wahrgenommen haben. Ganz explizit möchte ich mich bei Herrn Dr. Amir Baradar und bei Frau Stadtamtsdirektorin Dr. Maria-Andrea Riedler bedanken, weil sie sind ein hervorragende Führungsspitze und tragen ganz wesentlich zu diesem Erfolg bei.

### **Beschluss:**

**einstimmig zur Kenntnis genommen**

### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 17 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

---

## **IV. Anträge der Stadträte**

### **a.) Ref. III - Finanzen**

#### **1.) Neuvereinbarung Gastarif EVN**

##### **Sachverhalt:**

*Stadtrat Dummer:* Die Tarifvereinbarung mit der EVN für die Belieferung mit Erdgas läuft am 31.05.2021 ab, der Belieferungsvertrag selbst läuft noch bis 31.08.2022. In Hinblick auf die steigenden Energiepreise wurde in der Verhandlungen unsererseits wert auf einen möglichst günstigen Fixzinstarif gelegt. Der neu ausverhandelte Gastarif beträgt 2,139 ct/kWh fix bis zum 31.03.2024. Der Gasverbrauch der Jahre 2018/2019/2020 stellt sich wie folgt dar:

|     |                  |           |           |           |
|-----|------------------|-----------|-----------|-----------|
| Gas | Verbrauch in kWh | 1.309.435 | 1.590.577 | 1.442.982 |
|     | Anzahl Anlagen   | 44        | 43        | 55        |

Demnach ist hier in den nächsten 3 Jahren mit Verbrauchskosten (ohne Netz) von mehr oder weniger € 31.000,-- zu rechnen.

Die EVN hat sich bisher als kompetenter, fairer und korrekter Geschäftspartner erwiesen. Wegen der bestehenden Vertragssituation war die Einholung von Alternativangeboten nicht zweckmäßig. Die Prüfung von Tarifen im Internet ergab keine günstigeren Tarife.

Die Kosten sind bei den jeweiligen Abteilungen und Betrieben in den laufenden Ausgaben im VA 2021 enthalten.

##### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Tarifvereinbarung mit der EVN für die Belieferung mit Erdgas zum Fixpreis bis 31.03.2024 von 2,139 ct/kWh wird genehmigt.

Wenn diese Vereinbarung ausläuft, ein paar Monate später läuft auch der Vertrag wieder aus, weil der verlängert sich um zwei Jahre. Dann können wir eine Ausschreibung machen. Aber an sich, glaube ich, ist es so eine ganz gute Lösung.

*Stadtrat Pohl:* Was haben wir vorher gezahlt im Vergleich dazu? Ich glaube, über € 200,--.

*Stadtrat Dummer:* Vorher war es mehr, aber vorher war es variabel, aber der Tarif war höher. Es war nicht gravierend höher, nur war es nicht fix.

*Gemeinderat Kubat:* Wir GRÜNE werden uns dem Antrag enthalten. Wir hätten uns schon sehr gewünscht, Vergleichsangebote einzuholen. Sie haben es zwar schon ausgeführt, Herr Stadtrat Dummer, dass sie sich da schon im Internet ein bisschen schlau gemacht haben. Es ist

ein bisschen für uns zu wenig. Wir hätten uns Vergleichsangebote gewünscht. Aus diesem Grund, weil wir jetzt nicht sagen können, ist es gut oder schlecht, werden wir uns enthalten.

**Beschluss:** **mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 17 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 2  |

Gemeinderat Bartosch nimmt an der Sitzung teil (19:14 Uhr).

**b.) Ref. II – Beteiligungen und Liegenschaften**

**1.) Grundtausch Fuchsenbühel und Übernahme Straße**

**Sachverhalt:**

Stadtrat Koll: In der vergangenen Regierungsperiode wurde von der Firma Schneps eine Zufahrt zum Fuchsenbühel zum Teil auf eigenem Grund und zum Teil auf Grund der Stadtgemeinde Stockerau errichtet. Insgesamt gibt es in diesem Bereich sehr verschränkte Besitzverhältnisse.

Ziel ist nunmehr, die Straße in den Besitz der Stadtgemeinde Stockerau ins öffentliche Gut zu übernehmen und die Besitzverhältnisse weitgehend zu entflechten. Damit erhalten wir eine Zufahrt zu unseren Flächen am Fuchsenbühel und sichern uns auch das erste Teilstück einer möglichen Nord-Ost-Spange. Die Straße wurde in hoher Qualität errichtet und ist für Schwerstverkehr ausgelegt.

Die Firma Schneps Transport GmbH ist ihrerseits interessiert, den Holzaufbereitungsplatz zu erweitern und braucht dafür Teilgrundstücke von der Stadtgemeinde, denen keine besondere Nutzung unsererseits zugedacht ist.

Laut Vermessungsurkunde der ARGE Vermessung GZ.: 26783 vom 18.02.2021 sollen die Teilstücke 1,5,6,8,12,18,20 und 23 im Ausmaß von 1.647 m<sup>2</sup> zum Preis von € 150.000,-- angekauft werden. Mit diesem Kaufpreis sind auch alle Aufwendungen für die Errichtung der Straße abgegolten.

Im Gegenzug sollen die Teilstücke 2,19,26 und 27 mit einer Gesamtfläche von 4.962 m<sup>2</sup> um € 10,--/m<sup>2</sup>, somit um € 49.620,-- an Schneps Transport GmbH bzw. die Familie Schneps verkauft werden.

Hinsichtlich der Herstellung der Böschung und der Entwässerung der Auffahrtsstraße zwischen den Grundstücken 668 und 663/2 wird eine gesonderte Regelung mit Kostenteilung zu vereinbaren sein.

Die Bedeckung des Grundankauf ist im VA 2021 gegeben und die Finanzierung gesichert.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ankauf der Teilstücke 1,5,6,8,12,18,20 und 23 im Ausmaß von 1.647 m<sup>2</sup> laut Vermessungsurkunde GZ.: 26783 vom 18.02.2021 der ARGE Vermessung zum Preis von € 150.000,-- inklusive Abgeltung für die Straße und der Verkauf der Teilstücke 2,19,26 und 27 mit einer Gesamtfläche von 4.962 m<sup>2</sup> der gleichen Urkunde um € 10,--/m<sup>2</sup>, somit um € 49.620,- an Schneps Transport GmbH bzw. die Familie Schneps werden genehmigt.

*Stadtrat Pohl:* Habe ich es richtig verstanden. Der hohe Preis, den wir zahlen, ist darauf zurückzuführen auf die Errichtung der Straße und d.h. wir werden erwerben damit auch die Straße

*Stadtrat Koll:* Grundsätzlich ist es so, dass es diese Straße schon gibt. Das ist, wie du richtig erkannt hast, ein Wertausgleich für ein Grundstück, wo eine Straße darauf ist. Wie gesagt, in sehr hoher Qualität, in höherer Qualität, als wir die üblicherweise herstellen. Lt. DI Altinger ist das ein extrem fairer Preis, den wir da pro m<sup>2</sup> für diese Straße zahlen. Dadurch ergibt sich der Preisunterschied, weil wir ein Grundstück mit Straße erwerben und auf der anderen Seite ein Grundstück ohne Straße hergeben.

*Stadtrat Pohl:* Die Straße hat Schneps selber gebaut?

*Stadtrat Koll:* Die Straße hat Schneps gebaut und ist schon fertig. Die gibt es schon.

*Stadtrat Pfeiler:* Ich wollte fragen. Gibt es für diese Straße eigentlich einen Konsens oder Baugenehmigung oder Genehmigung lt. dem NÖ Straßengesetz? Irgendwie ist es ja eigenartig, dass der Schneps dann teilweise auf Gemeindegrund eine Straße gebaut hat. Da muss es irgendeine Grundlage dafür geben. Gibt es die? Oder wurde eine Dienstbarkeit eingeräumt damals?

Stadtrat Koll: Das ist tatsächlich merkwürdig. Wir beschließen jetzt irgendwas, was sozusagen fertig vorgefunden wurde. Es ist tatsächlich so, dass es diese Straße bereits gibt, ob bewilligt oder nicht.

Stadtrat Dummer: Die Straße wurde errichtet 2017, 2018, also vor einigen Jahren, zum überwiegenden Teil auf Privatgrund, nämlich auf Schneps-Grund, aber eben zum Teil auch auf unserem Grund schon im, so wie Herr Schneps sagt, Einvernehmen mit der damaligen Regierung und mit dem damaligen Baudirektor. Aber formal bewilligt in dem Sinn, habe ich nichts gefunden, dass es das gibt. Aber sie existiert die Straße. Zumindest auf seinem Grund, glaube ich, braucht er keine Genehmigung dafür. Er hat den Unterbau errichtet, die Fa. Strabag hat die Asphaltierungsarbeiten durchgeführt.

Stadtrat Pfeiler: Weil die Qualität der Straße genannt wurde. Gibt es da bautechnische Befunde dafür? Das findet sich dem Amtsbericht nicht. Das sind jetzt Aussagen, die getätigt werden. Da wäre es, wenn man eine Straße um € 150.000,-- kauft, fein, wenn man dafür Befunde hätte. Konkrete Frage: Gibt es diese Befunde?

Stadtrat Dummer: Nein, gibt es nicht.

Stadtrat Koll: Herr Schneps hat uns erläutert, wie das ist. DI Altinger war dabei und hat gesagt, dass das eine Straßenqualitätsgeschichte ist, die wir normalerweise nicht machen. Wenn man das umrechnet von der Fläche, kaufen wir die um € 85,-- pro m<sup>2</sup>, was ein relativ günstiger Preis ist. Aber ein Gutachten in dem Sinn gibt es nicht.

Stadtrat Pfeiler: Die Preisfindung ist auch interessant, weil das ist jetzt eine Fläche von 1.647 m<sup>2</sup> zum Pauschalpreis von € 150.000,--. Da wäre es im Prinzip aus meiner Sicht sinnvoll, dass man das auseinander zerlegt hätte, um es transparenter zu machen, wie ist der Grundanteil und wie ist der Baulichkeitsanteil, um das einfach sichtbar zu machen. Dann hätte man natürlich diese Straße auch bewerten können. So kauft man jetzt im Prinzip um € 150.000,-- 1.647 m<sup>2</sup> zum Preis von € 91,-- pro m<sup>2</sup> und kann dann irgendwie darauf hoffen, dass die Straße in Ordnung ist. Das ist von der Darstellung die Preisfindung schwer nachvollziehbar.

Stadtrat Koll: Habe zuerst schon gesagt. Es sind 290 m mal 15 m. Das sind 4.350 m<sup>2</sup>. DI Altinger sagt, € 85,-- pro m<sup>2</sup> für die Straße ist mehr als plausibel. Ist billiger als wir die bei der Strabag in schlechterer Qualität kaufen.

Stadtrat Pfeiler: Weitere Frage: Wie hat sich eigentlich der umgekehrte Verkaufspreis ergeben mit den € 10,-- pro m<sup>2</sup> von Grundstücken, die von der Stadtgemeinde an die Fa. Schneps verkauft werden? Welche Grundlage gibt es dafür?

Stadtrat Pohl: Ich wollte nur prinzipiell sagen, dass die Verwirrungen, die da herrschen, in der Vergangenheit liegen, um es ein bisschen freundlicher zu sagen. Bevor wir hier Geld ausgeben für ein weiteres Gutachten, schätze ich das Gutachten, das unser Baudirektor, den wir doch vertrauen hoffentlich, als ausreichend ein. Damit kommen wir in Summe günstiger, bevor wir da jetzt noch einmal für ein paar Tausend Euro ein Gutachten erstellen lassen und vielleicht noch Zeit verlieren. Daher sehe ich es in der Richtung schon als sinnvoll.

Stadtrat Dummer: Zur Straße wäre noch zu sagen, dass die ja nicht nur auf dieser Fläche errichtet ist, die wir jetzt kaufen, sondern auch zum Teil auf einer Fläche, die wir schon besitzen. Darum ist es auch schwierig, das auseinander zu klären. Es ist eingangs im Statement auch erwähnt worden, dass die Verhältnisse dort sehr verschränkt sind. Es gibt, glaube ich, 27 Teilflächen, die da jetzt zu berücksichtigen sind, die zum Teil wandern. Zum anderen, die Preisfindung für das andere Grundstück, das wir jetzt abgeben, ist natürlich aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und der bestehenden Widmung zustande gekommen. Letztendlich läuft es darauf hinaus, dass wir in etwa € 100.000,-- mehr zahlen als wir bekommen.

Stadtrat Pfeiler: Habe ich gelesen. Wie ist der Quadratmeterpreis für die verkauften Flächen entstanden? Gibt es dafür eine Grundlage?

Stadtrat Koll: Ja, da gibt es Grundlagen.

Stadtrat Pfeiler: Die € 10,--.

Stadtrat Koll: Genau bzw. muss man bei der Straße berücksichtigen, wie Gerhard gerade gesagt hat, dass die zum Teil auf Schneps-Gebiet ist und zum Teil auf dem anderen. D.h. wir haben gesagt, wenn der Grund jeweils gleich viel wert ist, die Flächenverhältnisse gegeneinander getauscht sind puls der Straße, und wenn man diese Grundstücke gegenrechnet und dann sagt, wie viel von dem, was wir jetzt mehr zahlen, ist dann die Straße als solche, wenn man das trennen kann. Dann kommt man auf diese € 85,-- pro m<sup>2</sup> für die Straße und das ist deutlich weniger als wir bei Strabag und Co zahlen. So habe ich das gemeint.

Stadtrat Pfeiler: Das habe ich schon verstanden. Ich war bei der Frage, wie die Preisfindung für die Flächen war, oder welche Grundlagen es gibt bei der Preisfindung für die Flächen von 4.962 m<sup>2</sup>, die von der Stadtgemeinde an die Fa. Schneps verkauft werden. Es ist ja schließlich ein zukünftig gewerblich genutztes Areal durch die Fa. Schneps. Betriebsgrundstücke, das kann man jetzt unmittelbar vergleichen, werden, glaube ich, üblicherweise um € 70,-- pro m<sup>2</sup> von der Stadtgemeinde verkauft. Das kann man da sicher nicht ansetzen. Auf der anderen Seite, € 10,-- für gewerblich genutzte Flächen ist doch sehr günstig. Da würde mich einfach die Grundlage dafür interessieren für diese Preisfindung.

Stadtrat Dummer: Wie ich schon gesagt habe. Die bestehende Widmung ist nicht Betriebsgebiet gewidmet sondern eingeschränkt auf Deponie und Recycling. Dementsprechend ist es sicher ein bisschen mehr wert als wie Grünland, aber es ist natürlich in keiner Weise mit Betriebsgebiet vergleichbar, wo man alle Möglichkeiten hat. Dort hat man eine Menge Auflagen und sehr starke Einschränkungen für die Tätigkeiten. Dementsprechend ist das in etwa der doppelte Preis von Grünland, der da herangezogen wurde.

Stadtrat Pfeiler: Doppelter Preis, ok. Mit welchen Euro pro m<sup>2</sup> wurde das in der Eröffnungsbilanz bewertet, diese Flächen? Sind das diese € 10,-- oder mehr oder weniger?

Stadtrat Dummer: Habe ich jetzt nicht nachgesehen.

Bürgermeisterin Völkl: Wir werden in der Eröffnungsbilanz nachschauen, dass wir das genau wissen.

Stadtrat Pfeiler: Man weiß jetzt nicht, ob man da einen Bilanzverlust oder Bilanzgewinn macht mit diesem Verkauf.

Stadtrat Dummer: Nein, weiß man nicht. Also jetzt nicht.

Bürgermeisterin Völkl: Das muss man einer Lösung zuführen. Hier wurde eine Straße gebaut in Absprache mit der Stadtregierung, 2017, 2018. Diese Straße ist in einem sehr guten Zustand von der Qualität, und die Gebiete, die hier ausgeglichen werden, sind nicht als vollwertige Betriebsgebiete, die man einfach auf den Markt bringen könnte, zu bewerten. Wir werden aber sehr gerne mitnehmen, Herr Stadtrat Pfeiler, in Bezug auf die Eröffnungsbilanz, weil das können wir jetzt in dieser Sitzung nicht aus dem Ärmel schütteln.

Stadtrat Pfeiler: Letzte Frage. Wie groß werden die Vertragserrichtungskosten sein? Das ist bei Grundstückstransaktion auch immer in den Amtsberichten enthalten gewesen, welche zusätzliche Kosten hier noch anzusetzen sind. Das habe ich nicht gefunden.

Stadtrat Dummer: Es werden 3,5% Grunderwerbssteuer und 1,1% Eintragungsgebühr sein und die Kosen vom Notar, die in etwa mit € 2.000,-- bis € 3.000,-- zu Buche schlagen für uns. Für den Kauf, den die Fa. Schneps tätigt, trägt die Kosen natürlich die Fa. Schneps.

Stadtrat Pfeiler: Die angeführte noch durchzuführende Entwässerung bei dieser Auffahrtsstraße – gibt es da schon Kostenindikation? Oder mit welchen Kosten ist dabei zu rechnen?

Stadtrat Dummer: Es gibt eine Kostenindikation - € 12.000,--. Das ist eben dann die Frage, wie man sich die aufteilt. Das ist ja für die bestehende Straße. Das hat mit der Straße, die wir jetzt erwerben, nichts zu tun, sondern es ist das, wo man von der Grünen Halle rauffährt zu unserer ehemaligen Kompostierungshalle. Die ist schlecht entwässert und da wollen wir im Zuge dieses Tausches auch eine Verbesserung herbeiführen. Das hat aber jetzt nicht unmittelbar mit der Zufahrtsstraße zu tun sondern mit der Auffahrtsstraße vom unteren Gelände zum oberen Gelände, das bis jetzt schlecht gelöst ist. Wenn wir das schon angreifen, dann machen wir es ordentlich.

Bürgermeisterin Völkl: Dadurch das eine Straße ist, die zur Deponie hinaufführt und du sicher mit der Deponie beschäftigt bist, es auch in dein Ressort fällt, wäre da sicher auch Zeit gewesen, diese Detailinformation vorher zu besprechen.

Stadtrat Pfeiler: Es ist mir nicht bekannt, dass diese Straße in mein Ressort fällt. Ich frage deswegen diese Detailinformationen ab, weil das Thema ist im letzten Verkehrsausschuss kurz angedeutet worden. Da gab es noch keine Unterlagen. Jetzt gibt es den Amtsbericht und darum ist jetzt und heute und hier die Zeit, diese offenen Fragen zu besprechen.

Aus unserer Sicht sind da einfach noch einige Fragen offen und wir werden dem Antrag nicht zustimmen – Gegenstimme.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 18 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 2  |

**Dringlichkeitsantrag**

**Mietvertrag mit Land NÖ – Millenniumshalle – Impfzentrum**

**Sachverhalt:**

*Stadtrat Koll:* Um die COVID-19 Pandemie so rasch wie möglich einzudämmen, sollen im Land Niederösterreich 20 Impfzentren eingerichtet werden. Die Organisation und der Betrieb dieser Impfzentren sollen durch einen oder mehrere Dritte im Auftrag des Landes Niederösterreich erfolgen.

Das Land Niederösterreich möchte kurzfristig Räumlichkeiten anmieten und einem Dritten für den Betrieb eines Impfzentrums zur Verfügung stellen.

Die Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt, dem Land NÖ die Millenniumshalle für ein Impfzentrum zu vermieten.

Aus diesen Gründen soll ein Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und dem Land NÖ abgeschlossen werden.

Das Mietverhältnis wird mit 21. April 2021, 00:00 Uhr beginnen und auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Mietzins: € 8.000,-- monatlich exkl. USt.

Zusätzlich eine monatliche Pauschale von € 5.000,-- für direkt vom Mieter verursachte Kosten, wie Strom, Energie, A1-WLAN-Zugang, tägliche Reinigungsleistungen, Hallenmanagement etc.

Der Mietvertrag für die Räumlichkeiten zur Verabreichung von Impfungen gegen COVID-19 wurde vorab mit dem Land NÖ abgestimmt und soll nun vom Gemeinderat beschlossen werden.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Mietvertrag, abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und dem Land NÖ, mit einem monatlichen Mietzins von € 8.000,-- und einer zusätzlichen, monatlichen Pauschale von € 5.000,--, zusätzlich Umsatzsteuer, wird genehmigt.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

**c.) Ref. V – Soziales, Gesundheit, Bildung und Integration**

**1.) Gratis-Lollipop-Tests für Kindergartenkinder**

**Sachverhalt:**

*Stadträtin Mujkanovic:* Während Schulkinder in ganz Österreich bei Präsenzunterricht schon seit längerer Zeit wöchentlich vor Ort in den Schulen mittels Schnelltests auf eine mögliche Corona-Infektion getestet werden, gibt es in den Kindergärten diese Möglichkeit bis dato noch nicht. Gleichzeitig häufen sich aber die Berichte über auftretende Corona-Fälle bei Kindern und Jugendlichen aufgrund verschiedenster Virusmutationen.

Nachdem sich die „herkömmlichen“ Testmöglichkeiten mittels Nasen- oder Rachenabstrich für Kindergartenkinder nicht eignen, bieten sich hier sogenannte „Lollipop-Tests“ der Firma 21med aus Velden am Wörthersee zum Sonderpreis von € 4,50 (brutto = netto) pro Stück an.

Der Lollipop-Test ist CE-zertifiziert und offiziell durch das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen in Österreich zugelassen. Er verfügt laut Hersteller über eine Sensitivität von 95,65% (relativ zu einem PCR-Test). Außerdem ist er richtig angewendet auch bei bekannten Mutationen wie der Südafrika-Mutation B.1.351 oder der Großbritannien-Mutation B.1.1.7 wirksam.

Die Stadtgemeinde Stockerau soll für Kinder ab dem vierten Lebensjahr in allen Kindergärten in Stockerau (Landeskindergärten, Kindergruppe Kunterbunt und Kindergruppe Stockerauer Stadtkäfer) je zwei Tests pro Kind zur eigenständigen und freiwilligen Durchführung durch die Eltern zur Verfügung stellen.

Der Ankauf sowie die Ausgabe in den Kindergärten sollen zum ehestmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Die finanzielle Bedeckung soll im Rahmen des Corona-Budgets erfolgen und die Mehrkosten sollen im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt werden.

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Ankauf von 1.000 Stück Lollipop-Tests von der Firma 21med zum Sonderpreis von € 4,50 pro Stück, insgesamt € 4.500,-- wird genehmigt.

Die finanzielle Bedeckung erfolgt im Rahmen des Corona-Budgets.  
Mehrkosten werden im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt.

*Gemeinderätin Kamath-Petters:* Danke für diesen Antrag. Diese Lollipop-Tests sind wirklich gut geeignet. Ich finde es auch sehr gut, dass im Nachhinein die Kindergruppen gefragt wurden. Ich habe eine Anfrage: Wie viele Kinder ab 4 Jahren gibt es bei uns in Stockerau in den Kindergärten und Kindergruppen. Das müssten einiges unter 500 sein, oder?

*Stadträtin Mujkanovic:* Nein, es sind 450 in den Landeskindergärten lt. Bürgerservice, 45 Kinder in der Kindergruppe Kunterbunt und 6 Kinder in den Stockerauer Stadtkäfern.

*Gemeinderätin Kamath-Petters:* Eine Sache möchte ich anmerken. Ich weiß, es ist eine schwierige Zeit und zumindest zwei Tests werden jetzt angeschafft pro Kind, aber es könnte mehr sein. Also wenn es passt und wenn wir dieses Corona-Budget haben, wäre es gut, dass wir weit mehr als diese zwei Tests haben. Das ist so wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich habe noch eine Anfrage dazu: Wird dann empfohlen von den Einrichtungen, wann dieser Test gemacht wird, z.B. dass alle Kinder mit 2. Mai diesen Test durchführen, alle miteinander, dass man da eine flächendeckende Garantie hat sozusagen, wo die Kinder stehen, oder wird dieser Test einmalig ausgehändigt und die Eltern, Familien können die Tests willkürlich sozusagen einsetzen?

*Stadträtin Mujkanovic:* Kurz zur Anzahl. Wir haben uns jetzt überlegt, diese zwei Test pro Kind, weil das Land NÖ im Moment ein Pilotprojekt an fünf Standorten durchführt und angekündigt hat, dass in den nächsten Wochen das Ganze evaluiert wird und schon vor Ende des

Pilotprojektes höchstwahrscheinlich dann ausgedehnt wird. D.h. so ist die Zahl zustande gekommen, sodass wir dann nicht die Tests anschaffen, was ja gut ist, aber die wird dann vielleicht später gratis durch das Land bekommen. Schauen wir, wie sich das dann entwickelt. Also, so ist die Zahl zustande gekommen. Was die Empfehlung betrifft: Grundsätzlich, ich weiß z.B. von der Gemeinde Spillern, dass es da einen Brief gegeben hat von der Gemeinde an die Eltern, wo sie gebeten worden sind oder wo vorgeschlagen wurde, montags zu Hause in der Früh diese Tests durchzuführen. Ich schlage vor, das können wir natürlich auch noch besprechen, aber ich kann mir gut vorstellen, dass wir vielleicht auch so einen Brief ausschicken und auch z.B. sagen, montags in der Früh sollen sie die Kinder testen. Ich würde das so machen, und da habe ich Rücksprache mit Dr. Baradar gehalten, dass man eine Woche lang sozusagen einen Test pro Kind ausgeben und dann die nächste Woche drauf, dass quasi in zwei Schritten ausgegeben wird, sodass die nicht auf einmal ausgegeben werden.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich möchte mich für die Initiative bedanken und auch dass das auf jeden Fall freiwillig sein soll, weil das ist extrem wichtig, damit da keine Unsicherheiten und Konflikte entstehen unter den Eltern und in den Einrichtungen.

Stadtrat Pohl: Diese Freiwilligkeit kennen wir bei anderen Dingen auch, was man alles nicht darf und nicht kann. Zuerst ist alles freiwillig und dann hat es Folgen. Wir wissen, dass Kinder und Jugendliche bis zu 60% schon coronabedingt psychische Schäden haben. Hier werden sie, ich war auch bei den Tests für die Schulen dagegen, einem zusätzlichen Stress ausgesetzt. Darum werden wir dagegen stimmen.

Stadträtin Mujkanovic: Für mich ist wichtig, dass es ausdrücklich freiwillig ist, an die Eltern ausgegeben wird. Was das Land oder der Bund dann in weiterer Folge plant, auf das haben wir keinen Einfluss, aber von unserer Seite auf jeden Fall auf Freiwilligkeit basierend. Der einzelne Test, da bin ich überzeugt, führt jetzt, glaube ich, nicht zwangsläufig zu einer psychischen Belastung, aber es muss auf jeden Fall viel mehr über die Situation der Kinder und Jugendlichen gesprochen werden.

Stadtrat Pohl: Ich verstehe auch nicht, warum wir vorpreschen. Es gibt jetzt fünf Kindergärten in NÖ, wo es getestet wird. Es gibt darüber noch keine Erfahrungsberichte. Darum ist das wirklich nicht ganz meines.

Gemeinderat Kubat: Ich möchte mich sehr herzlich auch dafür bedanken. Das ist sehr weit-sichtig und umsichtig. Wichtig ist die Freiwilligkeit. Wenn man die Diskussion aber verfolgt, und da ist SPD-Bundestagsabgeordneter Karl Lauterbach, Gesundheitssprecher seiner Fraktion und Epidemiologe, einer der führenden Köpfe, Gastprofessur in Harvard, der sagt, dass Corona momentan von vielen jungen Leuten, auch von den ganz kleinen übertragen wird, leider. Aus diesem Grund ist es sehr umsichtig, wenn man ein Testangebot für sie anbietet, auf Freiwilligkeit bedacht. Ich finde auch gut, dass die Stadtgemeinde Stockerau da voran geht. Aus diesem Grund werde ich da zustimmen.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Ich möchte eine Antwort abgeben in Richtung Stadtrat Pohl Herbert und zwar. Dass die Kinder und Jugendlichen leiden ist vor allem, weil sie eben zu Hause sind und nicht den regulären Rhythmen nachgehen können und sicher nicht wegen der Testung. Testungen geben Klarheit und sorgen schon vor oder ermöglichen, dass diese Pandemie besser bewältigt werden kann.

Stadtrat Pohl: Wir können uns jetzt stundenlang fachlich unterhalten, ob und wie sinnvoll die Tests sind, wie sicher die Tests sind, welche Tests sicher sind. Da gibt es bei vielen Sachen keine Erfahrungswerte, keine gesicherten. Gerade Lauterbach hat in einem Satz gesagt „draußen sind die Tests gut in der Gastronomie“, aber für drinnen hat er gesagt „ist es nicht, weil sechs von zehn Tests sind falsch“. Zu Herrn Lauterbach eine Berichtigung: Herr Lauterbach ist kein Epidemiologe, der hat Gesundheitsmanagement zwar studiert in Harvard, gemeinsam mit seiner Frau. Seine Frau ist Epidemiologin, er selber nicht. Das einmal zur Klarstellung. Medial kann man alles nachlesen. Dann tun wir halt die Kinder nicht testen, die ganz kleinen, und das würde ich als Kollateralschäden hinnehmen, da wäge ich die Gesundheit unserer Kinder auf und da ist mir die Gesundheit der Kinder wichtiger als ein paar vermeintliche positive Fälle.

Gemeinderat Polacek: Ich schließe mich Herbert seiner Meinung an. Was für mich jetzt noch dazu kommt. Im Kindergarten geht man von 2 ½, 3 bis 6, was ist mit den Kindern, die 2 ½, 3 bis 4 Jahre. Wir kaufen ab 4 Jahre bis 6 Jahre. Was ist mit denen? Können die kein Corona übertragen? Warum werden die nicht mit dem Lollipop-Test getestet? Warum nimmt man die raus? Die können es genauso übertragen. Wenn das alles so stimmen sollte, wie der eine sagt oder der andere nicht sagt, wie auch immer, aber warum die nicht. Und das ist auch mit ein Grund, warum wir eigentlich dagegen sind.

Stadträtin Mujkanovic: Ich habe mit dem Stadtarzt Rücksprache gehalten und er hat mir das empfohlen, dass das für Kinder ab 4 Jahren geeignet ist und dass es darunter keinen Sinn macht.

Stadtrat Pohl: Wo ist die Begründung?

Stadträtin Mujkanovic: Dieser Lollipop-Test ist 90 Sekunden im Mund zu halten. Grundsätzlich ist seine Meinung, dass das Sinn macht ab 4 Jahren, weil, ich weiß nicht, wahrscheinlich einfach wegen der Instruktion und solchen Geschichten. Aber ich verlasse mich da ganz ehrlich, nachdem ich selber keine Ärztin bin, auf jeden Fall auf die Meinung des Stadtarztes und dem vertraue ich da auch in den Punkten.

Gemeinderat Kubat: Zu Stadtrat Pohl: Ich kam da gar nicht mit, wie schnell Sie das rauschossen, aber zur Berichtigung möchte ich schon sagen. 1989 bis 1992 studierte Karl Lauterbach an der Harvard-Universität Epidemiologie und machten auch seinen Abschluss als Master of Public Health. So viel zu Ihrer Argumentation.

Stadtrat Pohl: Wenn wir auf einmal per Sie sind, ist es fein, nehme ich auch gerne an von Ihnen. Seine Frau hat das im öffentlichen Fernsehen behauptet und wir können gerne verschiedene Quellen zitieren. Aber dieser Herr hat gesagt, sechs von zehn Tests sind falsch. Und genau diese Tests wollen wir anwenden. Entweder ist er Epidemiologe oder der Guru schlechthin und da muss man diese Aussage, dass sechs von zehn Tests falsch sind auch sagen. Ich will hier keine großangelegte Diskussion jetzt weiterführen über Corona, weil ich glaube, das würde zu weit führen. Wir haben bis jetzt alles geduldig mitgemacht, haben jetzt auch für das Impfzentrum zugestimmt. Wir haben, glaube ich, könnt ihr euch denken, unterschiedliche Meinungen. Wir schätzen auch sehr unser Engagement unserer Bürger sowohl in der Impfstraße als auch in der Teststraße. Aber bei den Kindern, bitte einfach da die Hände weg.

Vizebürgermeister Holzer: Ich glaube, es muss nicht immer alles einstimmig sein. Dass die FPÖ eine andere Linie fährt bei Corona, ist uns ja bekannt. Möchte mich aber bei den GRÜNEN und bei der ÖVP bedanken, dass sie unseren Antrag zustimmen. Ich glaube, es ist besser, testen und ein paar falsche Tests als gar nicht testen. Es ist sicher eine gute Sache. Wir hoffen, dass das Land bald weiter tut und dass sie flächendeckend über einem längeren Zeitraum die Tests bezahlt. Eine Vorreiterrolle ist immer gut, gerade wenn es um die Gesundheit unserer Bevölkerung geht, unserer Kindere geht. Das sollte uns die paar Tausender wert sein. Danke für die Zustimmung von den zwei Fraktionen, die schon signalisiert haben, dass sie dem Antrag zustimmen werden.

Stadträtin Mujkanovic: Ich habe mich mit Herrn Lauterbach tatsächlich im Rahmen dieses Antrages überhaupt nicht beschäftigt, weder pro noch kontra. Ein paar Eckpunkte vielleicht noch, weil die Frage sicher früher oder später auch aufkommen wird, warum diese Firma 21med. Ich habe mich da mit dem Büro der Gesundheitslandesrätin in Verbindung gesetzt. Für das Pilotprojekt wurden auch von dieser Firma diese Tests angeschafft. Ich habe es dann in einem Gespräch gestern mit dem Geschäftsführer noch geschafft, diesen Sonderpreis von € 4,50 anstatt € 5,- auszuhandeln. Eine andere Firma aus Klagenfurt, die Fa. Cardex hat telefonisch einen Preis von rund € 7,50 angekündigt. Somit teurer als die Fa. 21med. Freiwilligkeit ist für mich da das Schlagwort und das wichtigste in der Hinsicht. Ich akzeptiere schon von Anfang an, auch jetzt bei diesem Thema, auch in meiner Funktion als Gesundheitsstadträtin jede Meinung. Das bleibt jedem selber überlassen.

Vizebürgermeister Falb: Ich wollte mich auch bedanken. Tatsächlich ist es so, dass wir in Stockerau eine der ersten Städte waren, in denen diese Krankheit aufgetreten ist - 28. Februar 2020. Wir haben hier in Stockerau bisher, wenn ich die Zahlen richtig interpretiere, mittlerweile jenseits der 30 verstorbenen COVID-Toten. Wir haben in Stockerau von der Sekunde 1 an, glaube ich, ein sehr gute Arbeit geleistet. Das ist eine ganze Reihe von Leuten, Frau Bürgermeisterin hat heute ein paar schon genannt und sich bedankt. Ich glaube, wir haben auch nicht allzu viel davon, wenn wir bundespolitische oder gar bundesdeutsche Debatten hier hereinholen. Für mich geht es da schon vorrangig um Stockerau. Ich danke auch der Gesundheitsstadträtin in dem Fall für ihre Initiative, weil ich der Meinung bin, dass wir nur auch mit einem Mosaik und mit einer ganzen Fülle von Maßnahmen eigentlich dort angekommen sind, wo wir als Stockerau, glaube ich, performt haben in den letzten Monaten. Da ist auch das ein Beispiel. Jeder, der das mitträgt, unabhängig von seiner eigenen und persönlichen Meinung oder Erfahrung oder aus eigener Gesundheit, glaube ich, tut da gut daran. Auf der anderen Seite natürlich steht es auch jedem frei, eine andere Meinung dazu zu vertreten. Leider ist die Gesellschaft hier in Österreich auch, nicht nur in Österreich, in vielen Ländern, polarisiert über die Fragen und über die Auswirkungen. Aber ich glaube, dass wir bisher ganz gut gefahren sind, und ich glaube, dass das ein weiterer Puzzlestein zu einem guten Gesamtbild sein kann. Deswegen unsere Zustimmung und meine persönliche Ansicht.

**Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 2 |

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 18 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 0  |

## **d.) Ref. VII – Umwelt, Au, Parkanlagen und Friedhof**

### **1.) Reststoffdeponie Stockerau – Gasfackel – Beauftragung**

#### **Sachverhalt:**

*Stadtrat Pfeiler:* Mit Gemeinderatsbeschluss vom 26.06.2019 wurde das Angebot der Fa. Schubert Electric Innovation betreffend Wartung und Wiederinbetriebnahme der Gasfackel bei der Reststoffdeponie mit Kosten von € 34.032,67 genehmigt.

Die Leistungen

1. Reparaturarbeiten
2. Überprüfung der elektrischen Anlage
3. Blitzschutz
4. Begleitheizung Ventile Gasfackel

waren im damaligen Hauptauftrag nicht enthalten und soll die Fa. Schubert Electric Innovation mit diesen Leistungen gemäß Nachtragsangebot vom 08.03.2021 mit einer Gesamtsumme in der Höhe von € 16.801,83 netto beauftragt werden.

Die ebenfalls angebotenen Leistungen zur Emissionsmessung wurden auch bei der Fa. Eurofins angefragt und werden aufgrund eines günstigeren Angebotspreises dort beauftragt.

#### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Fa. Schubert Electric Innovation wird mit den Leistungen

1. Reparaturarbeiten
2. Überprüfung der elektrischen Anlage
3. Blitzschutz
4. Begleitheizung Ventile Gasfackel

gemäß Nachtragsangebot vom 08.03.2021 mit einer Gesamtsumme in der Höhe von € 16.801,83 netto beauftragt.

Vielleicht noch kurz in Erinnerung rufend den Gemeinderatsbeschluss vom 26.06.2019. Hier wurden damals Wartungs- und Wiederinbetriebnahme der bestehenden Gasfackel beauftragt, nämlich die E-Technik, Drehkolbengebläse, die Revision und eine Teilrevision der Gasfackel. Damals wurde eine neue Gasfackel mit € 172.450,-- benannt und daher hat man sich für die Wiederinstandsetzung damals entschlossen. Dieser Beschluss hat eigentlich auch heute noch seine Richtigkeit, aus meiner Sicht, weil wir jetzt mit dem damaligen € 34.000,-- und jetzt mit der € 16.800,-- Nachtragsbeauftragung noch immer viel deutlicher günstiger sind als die ursprünglichen neue Gasfackel mit einem sechsstelligen Betrag, den ich vorher genannt habe über € 172.000,--. Vielleicht nur das von der Einordnung, dass es hier mit der Reparatur und Wartung der Anlage nach wie vor die günstigere Umsetzungsoption ist.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

**2.) Städtischer Friedhof Stockerau – Blechdachsanierung Arkaden – Vergabe von Leistungen**

---

**Sachverhalt:**

*Stadtrat Pfeiler:* Bei den historischen Arkaden ist die bestehende Blecheindeckung bereits stark beschädigt.

Es besteht daher die Absicht, im Rahmen einer groß angelegten Sanierung der Arkaden mit den Instandhaltungsarbeiten am Blechdach zu beginnen. Dabei sollen die alten Farbschäden

mechanisch entfernt und anschließend in mehreren Arbeitsgängen eine neue Beschichtung aufgebracht werden.

Für die erforderlichen Leistungen wurden Kosten in der Höhe von brutto ca. € 30.000,-- geschätzt. Das war damals auch die Grundlage für die Budgetierung im letzten Jahr. Entsprechend dem Bundesvergabegesetz wurde die Direktvergabe gewählt und ein Preisermittlungsverfahren eingeleitet. Es wurden insgesamt sechs Anbieter zur Anbotlegung eingeladen. Die Prüfung der eingelangten Angebote hat folgendes Ergebnis gebracht.

| Firma      | Brutto          | Differenz % | Reihung |
|------------|-----------------|-------------|---------|
| Valisik    | 17.248,80       | +/- 0%      | 1       |
| Meha GmbH  | 19.661,09       | +13,99%     | 2       |
| Zickbauer  | 26.964,96       | + 56,33%    | 3       |
| Seewald    | nicht abgegeben |             |         |
| Doleschal  | nicht abgegeben |             |         |
| Brunnhuber | nicht abgegeben |             |         |

Entsprechend dem Angebotsergebnis wird empfohlen, die erforderlichen Leistungen an die Firma Valisik, Ing. L. Haller Straße 1, 2000 Stockerau mit einer Auftragssumme von € 17.248,80 brutto zu vergeben.

Die Bedeckung ist im Investitionsbudget des VA 2021 gegeben. Da gibt es einen Rahmen von € 30.000,--, unter dem wir deutlich liegen. Für die geplanten Sanierungsarbeiten wurde beim Bundesdenkmalamt um Genehmigung und mit den ermittelten Sanierungsarbeiten um Zuteilung entsprechender Fördermittel angesucht. Beim Amt der NÖ-Landesregierung Abt. Kunst und Kultur wurde gleichzeitig ein Unterstützungsbeitrag beantragt.

Vielleicht noch anmerkend, dass beide Anträge, die ich Ihnen hier heute vorlege, auch selbstverständlich im Umweltausschuss besprochen wurden und vorberaten wurden.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Sanierung des Blechdaches der Arkaden am städtischen Friedhof wird an die Firma Valisik mit einer Auftragssumme von € 17.248,80 brutto vergeben.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 18 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 2  |

## e.) Ref. VIII – Verkehr, Infrastruktur und Straßen

### 1.) Rahmenausschreibung Straßenbau 2021 – Vergabe von Bauleistungen

#### Sachverhalt:

*Stadtrat Hödl:* Die Bauleistungen für die Straßenbausaison 2021 wurden vom Büro tz baumanagement gmbh ausgeschrieben und in der Plattform Ausschreibung.at veröffentlicht (Veröffentlichung: 24.02.2021, Angebotsabgabe 18.03.2021).

Innerhalb des Angebotsfrist wurde eine Berichtigung der Ausschreibung durchgeführt. Die Angebotsfrist wurde nicht verlängert.

Die Angebotsunterlagen wurden durch 13 Firmen behoben. Insgesamt haben 7 Firmen ein Angebot abgegeben (vgl. Angebotsöffnungsprotokoll).

Das Angebot der Fa. Haider Gebrüder muss gemäß §141 Abs 1 Z 7 BVergG 2018 ausgeschieden werden, da nicht das letztgültige Leistungsverzeichnisses (1. Berichtigung) abgegeben wurde. Die Ausscheidung ist vor der Zuschlagsentscheidung durchzuführen.

| Zuschlagsermittlung und Kriterien (verbleibende Angebote) | Kostenschätzung AG | Bieter 01 Pittel + Brausewetter | Bieter 02 PORR  | Bieter 03 Leyrer + Graf | Bieter 04 Leithäusl | Bieter 05 STRABAG AG | Bieter 06 Held & Francke | Bieter 07 Gebrüder Haider  |
|---|--------------------|---------------------------------|-----------------|-------------------------|---------------------|----------------------|--------------------------|----------------------------|
|   |                    | Hauptangebot                    | Hauptangebot    | Hauptangebot            | Hauptangebot        | Hauptangebot         | Hauptangebot             | Hauptangebot               |
| Angebot unterfertigt                                      |                    | Ja                              | Ja              | Ja                      | Ja                  | Ja                   | Ja                       | Ja                         |
| LV unterfertigt   |                    | Ja                              | Ja              | Ja                      | Ja                  | Ja                   | Ja                       | Nein **)                   |
| Subunternehmer-Verzeichnis                                |                    | Ja                              | Ja              | Ja                      | Ja                  | Ja                   | Ja                       | Ja                         |
| Datenträger   |                    | Ja                              | Ja              | Ja                      | Ja                  | Ja                   | Ja                       | Nein **)                   |
| Kalkulationsformblätter K3+K7                             |                    | Ja                              | Ja              | Ja                      | Ja                  | Ja                   | Ja                       | Nein **)                   |
| 2 Referenzprojekte  |                    | n. erforderlich                 | n. erforderlich | Ja                      | n. erforderlich     | Ja *)                | Ja                       | Angebot wird ausgeschieden |
| Berufliche Befugnis                                       |                    | n. erforderlich                 | n. erforderlich | Ja                      | n. erforderlich     | Ja                   | Ja                       |                            |
| Berufliche Zuverlässigkeit                                |                    | n. erforderlich                 | n. erforderlich | Ja                      | n. erforderlich     | Ja                   | Ja                       |                            |
| Finanzielle + wirtschaftliche Leistungsfähigkeit          |                    | n. erforderlich                 | n. erforderlich | Ja                      | n. erforderlich     | Ja                   | Ja                       |                            |
| Nettopreis (EURO)   | 1 257 792,50       | 1 480 635,75                    | 1 185 041,35    | 1 062 902,24            | 1 278 760,80        | 917 478,64           | 958 795,84               |                            |
| Preis in % vom Billigsten                                 |                    | 61,38%                          | 29,16%          | 15,85%                  | 39,38%              | 0,00%                | 4,50%                    |                            |
| Punkte Preis (gewichtet)                                  | 97,00              | 60,11                           | 75,10           | 83,73                   | 69,60               | 97,00                | 92,82                    |                            |
| Verlängerung Gewährleistung                               | 3,00               | 3,00                            | 3,00            | 3,00                    | 3,00                | 3,00                 | 3,00                     |                            |
| Punkte Qualität (gewichtet)                               | 3,00               | 3,00                            | 3,00            | 3,00                    | 3,00                | 3,00                 | 3,00                     |                            |
| Punkte Gesamt   | 100,00             | 63,11                           | 78,10           | 86,73                   | 72,60               | 100,00               | 95,82                    |                            |
| Reihung der Bieter  |                    | 6                               | 4               | 3                       | 5                   | 1                    | 2                        |                            |

\*) nachgereicht im Zuge der 2. Aufklärung

\*\*\*) Angebot beinhaltet NICHT die 1. Berichtigung

Sämtliche Angebote wurden vom Büro tz baumanagement gmbh geprüft und ein Vergabevorschlag unterbreitet. Die gesamte Angebotsprüfung wird in einem Vergabebericht zusammengefasst. Geprüft auch von DI Altinger, dem ich an dieser Stelle für seine Mühe und seine akribischen Prüfungen danken darf.

Gemäß Vergabeempfehlung von tz baumanagement gmbh soll die Zuschlagsentscheidung und nach Ablauf der Stillhaltefrist die Zuschlagserteilung an die Fa. Strabag AG zu einem Gesamtangebotspreis von € 917.478,64 erfolgen.

Die Vergabesumme ist durch den Voranschlag 2021 gedeckt.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Vergabevorschlages des Büros tz baumanagement gmbh wird für die Straßenbauleistungen 2021 unter Einhaltung der vergaberechtlichen Vorschriften der Zuschlag an die Fa. Strabag AG mit einem Gesamtangebotspreis von € 917.478,64 netto erteilt.

### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

#### Abstimmungsergebnis:

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0  |
|                  | SPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:      | ÖVP   | 18 |
|                  | SPÖ   | 11 |
|                  | GRÜNE | 5  |
|                  | FPÖ   | 2  |

## **2.) Vertrag über die Benützung von öffentlichem Wassergut**

### **Sachverhalt:**

Stadtrat Hödl: Zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der Republik Österreich (Land- und Forstwirtschaftsverwaltung – Wasserbau), Öffentliches Wassergut, vertreten durch die Landeshauptfrau von NÖ als Verwalterin des Öffentlichen Wassergutes soll ein Vertrag über

die Inanspruchnahme von öffentlichem Wassergut in der KG Stockerau an einem „unbenannten Graben“ (Teil der Hochwasserschutzanlage), Parz.Nr. 4287, EZ 3672, abgeschlossen werden.

Im zu beschließenden Vertrag wird seitens Republik Österreich der Errichtung, dem Bestand und der Erhaltung der Wasserversorgungsanlage – Notversorgung zu EVN Wasser gemäß dem durch dem Projektanten Team Kernstock Ziviltechniker GmbH erstellten und wasserrechtlich bewilligten Projekt zugestimmt.

Jedenfalls braucht es eine Spülleitung, die ins Freie führt und diese Wässer ableiten kann. Für diese Grundinanspruchnahme brauchen wir die Zustimmung der Republik Österreich, vertreten durch das Land NÖ.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der Republik Österreich (Land- und Forstwirtschaftsverwaltung – Wasserbau), Öffentliches Wassergut, vertreten durch die Landeshauptfrau von NÖ als Verwalterin des Öffentlichen Wassergutes über die Inanspruchnahme von öffentlichem Wassergut in der KG Stockerau an einem „unbenannten Graben“ (Teil der Hochwasserschutzanlage), Parz.Nr. 4287, EZ 3672, wird beschlossen.

Gemeinderat Kubat: Wie Sie ja wissen, waren wir GRÜNE bei dem Zusammenschluss dieser zwei Leitungen zwischen EVN und Stadtgemeinde skeptisch, kritisch, einfach weil wir meinen, das könnte der erste Ansatz, der erste Schritt sein in Richtung Ausgliederung, Privatisierung des Wassers. Für uns ist das Stockerauer Wasser eine Kernaufgabe der Stadtgemeinde Stockerau und soll weiterhin in der öffentlichen Hand sein. Auf Grundlage des damaligen Beschlusses von unserer Seite ist es auch nur konsequent, wenn wir jetzt auch diesem Vertrag nicht zustimmen. Wir werden uns als GRÜNE-Fraktion zu diesem Vertrag der Stimmen enthalten.

### **Beschluss:**

**mehrheitlich beschlossen**

#### Abstimmungsergebnis:

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 18 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 2  |

## **Dringlichkeitsantrag**

### **Beschaffung von Rad- und Scooter-Abstellanlagen**

#### **Sachverhalt:**

*Stadtrat Hödl:* Es freut mich sehr, bei diesem Punkt eine Revolution in Stockerau einleiten zu dürfen, nämlich die erstmalige planvolle und wohl nachhaltige Erneuerung der Radabstellmöglichkeiten in der Gemeinde. Es hat ein paar Jahre gedauert. Karl Kronberger ist 2017 schon an die Öffentlichkeit gegangen und hat das eingefordert. Ich habe das Thema natürlich gerne aufgenommen. Wir haben jetzt durchaus einige Diskussionen im Ausschuss gehabt. Es hat ein paar Monate gedauert, bis wir zum heutigen Stand gekommen sind, wo das Ganze auch antragsreif geworden ist. Darf mich da bei Ing. Engel-Thyri vom Bauamt bedanken, der mich da intensiv unterstützt hat, wo wir beide, glaube ich, recht viel Zeit investiert haben. Mit ist es natürlich auch darum gegangen, möglichst sorgsam mit unseren Stockerauer Euros umzugehen und daher war es mir auch wichtig, auch zu schauen, wie weit wir Fördermöglichkeiten schaffen können. Letztendlich besteht diese Fördermöglichkeit im Rahmen der Dorf- und Stadterneuerung.

Es ist das Ziel der Stadtregierung von Stockerau, die aktive Mobilität zu fördern und als wesentlichen Schritt dazu die notwendige Infrastruktur zu schaffen.

Derzeit gibt es kaum Radabstellanlagen, die dem Stand der Technik entsprechen, vielmehr prägen die traditionellen Radständer in der Ausführung „Felgenfresser“ das Stadtbild. Radständer, die sich in großer Zahl in Stockerau finden, allerdings zu wenig Akzeptanz weil sie ein sicheres und stabiles Abstellen der Fahrräder nicht gewährleisten.

Um die Modernisierung der Infrastruktur für die Stadt so kostengünstig wie möglich zu gestalten – ohne an Qualität und zeitgemäßem Komfort zu sparen – wurde versucht, öffentliche Förderungen zu lukrieren. Am 12. April 2021 wurde das Aktionsprogramm klimaaktiv mobil Radverkehr und Mobilitätsmanagement der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie veröffentlicht. In diesem Förderprogramm werden, soweit gegenständlich, nur überdachte Radabstellanlagen gefördert.

Sehr wohl ist die Beschaffung zeitgemäßer Rad- und Scooter-Abstellanlagen im Rahmen der Dorf- und Stadterneuerung/Gemeinde 21 durch das Land NÖ förderbar.

Hierzu ist die beiliegenden Projektanmeldung zu unterfertigen. Die Förderung aus den Mitteln der Dorf- und Stadterneuerung/Gemeinde 21 beträgt maximal 50%.

Nach längerer, intensiv geführter Diskussion im Verkehrsausschuss wurde in der Sitzung vom 06.04.2021 der Beschluss gefasst,

- a. Kinderfahrradständer und Scooterparker für die Kindergärten
- b. Scooterparker und Einstellbügel für den Bereich des Schulcampus und
- c. Musterfahrradabstellanlagen für den Bereich der Impf- und Teststraße sowie im Innenstadtbereich zu beschaffen.

Für diesen Beschaffungsvorgang wurden von diversen Anbietern Preise für diverse Radabstellanlagen eingeholt, um nicht nur Vergleichspreise innerhalb der ausgewählten Fahrradtypen zu erheben, sondern auch um für den jeweiligen Bautyp Vergleichspreise zu erzielen – soweit mehrere Anbieter in Frage kommen.

Festgelegt wurde auch,

für die Kindergärten:

5 Scooter-Parker á 6 Stellplätze und  
6 Fahrradständer BETA-Mini á 8 Stellplätze,

für den Bereich des Schulcampus (Errichtung im Volksschulbereich je nach Lieferzeit und Bauablauf, sonst im Bereich Juditha-Straße)

5 Scooter-Ständer á 6 Stellplätze und  
3 Fahrradständer BETA-XXL á 4 Stellplätze

als Musterfahrradständer je drei Ständer á 4 Stellplätze in der Ausführung nur tief der Marken  
ETA-XXL

Langer L15

ZETA

zu beschaffen.

Was als Entscheidung ansteht, insbesondere zu diesen Musterfahrradabstellanlagen vielleicht nur ein paar wenige Worte. Es gibt diverse Prüfkriterien, die über die Eignung oder Nicht-Eignung von Abstellanlagen heranziehbar sind. Es ist einerseits der deutsche ADFC und auch Empfehlungen von VCÖ bzw. auch der Radlobby. Selbstverständlich sind alle Ständer, die wir jetzt anschaffen wollen, entsprechen diesen Prüfkriterien. Wir haben uns im Ausschuss geeinigt, dass wir uns auf drei Musterfahrradanlagen einmal jetzt beschränken, diese austesten lassen und wir dann auch die Meinung der Bevölkerung einholen wollen, wie die Akzeptanz darüber aussieht. Wir haben auch festgelegt, um die Vergleichbarkeit sicherzustellen, dass wir jeweils die Ständer so ankaufen, dass sie nur tief angeschafft werden. Es gibt auch die Möglichkeit bei den Fahrradständern, sie einmal hoch und tief einzustellen. Was auch eines der klassisch wichtigen Themen war, war die Frage der Farbgebung, wo wir uns im Ausschuss auf blau-gelb geeinigt haben, um eine Verzögerung der Anschaffung durch die Frage, welche Farbe es jetzt sein soll, zu vermeiden.

Für die Beschaffung wurden Angebote eingeholt, wobei die Radständer der Serie BETA nur anhand der Referenzen und der Vergleichspreise pro Stellplatz für die Beschaffung vorgeschlagen werden können.

| Firma        | Typ        | Preis/Stellplatz<br>verzinkt | Preis/Stellplatz RAL |
|--------------|------------|------------------------------|----------------------|
| Ziegler      | HEDLAND    | € 162,36                     | nicht angeboten      |
| innovametall | ZETA       | € 132,00                     | € 217,00             |
| Rasti        | Valero     | € 128,25                     | € 189,75             |
| Ziegler      | Tacoma     | € 132,84                     |                      |
| Kromus       | BEN        | € 98,00                      | € 143,00             |
| Michow       | via futura | € 113,00                     | € 139,55             |
| Langer       | L15        | nicht angefragt              | € 108,00             |

|         |                      |         |             |
|---------|----------------------|---------|-------------|
| Orion   | BETA                 | € 94,00 | € 130,00    |
| Ziegler | Scooterparker Manila | € 15,56 | Wandmontage |
|         |                      | € 32,55 | Aufdübeln   |

Für die Beschaffung von Fahrradständern des Typs L15 der Fa. Langer (baugleich Ziegler, Tacoma, Kormus BEN, Michow via futura) und des Typs Valero der Fa. Rasti (baugleich innovametall ZETA, Ziegler HEDLAND) liegen die Angebote dem Amtsbericht bei.

Vorgeschlagen wird der Ankauf von der

- Fa. Ziegler: 10 Scooterständer zu einem maximalen Kaufpreis von € 1.953,--  
Fa. Orion: 6 Fahrradständer BETA-Mini zu einem maximalen Kaufpreis von € 6.240,--  
6 Fahrradständer BETA-XXL zu einem maximalen Kaufpreis von € 3.120,--  
Fa. Rasti: 3 Fahrradständer Valero zu einem Kaufpreis von € 2.277,--  
Fa. Langer: 3 Fahrradständer L15 zu einem Kaufpreis von € 1.296,--

Die Preise verstehen sich zzgl. USt., Fracht und Verpackung

Die Fahrradständer BETA-Mini sollen bunt, BETA-XXL und Valero nach Möglichkeit blau/gelb und L15 in DB 703 Struktur Eisenglimmer Grau (wie Mistkübel) angekauft werden. Der maximale Kaufpreis ergibt sich aus den unterschiedlichen Preisen je nach Befestigungssystem bei den Scooterparkern bzw. der Aufstellungsart bei den BETA-XXL-Ständern. Wie aus den Angeboten ersichtlich, senkt die doppelseitige Verwendung den Preis erheblich. Für die in unmittelbarer Nähe zueinander errichteten Anlagen wurde einseitig und nur tief als Ausführung festgelegt. Davon kann beim Schulcampus und in den Kindergärten abgewichen werden.

**Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektanmeldung Dorf- und Stadterneuerung/Gemeinde 21 für den unter 2. beschriebenen Beschaffungsvorgang kann seitens der Stadtgemeinde unterfertigt werden und
2. dem Ankauf von Radabstellanlagen und Scooterparkern wie nachstehend angeführt

- Fa. Ziegler: 10 Scooterständer zu einem maximalen Kaufpreis von € 1.953,--  
Fa. ORION: 6 Fahrradständer BETA-Mini zu einem maximalen Kaufpreis von € 6.240,--  
6 Fahrradständer BETA-XXL zu einem maximalen Kaufpreis von € 3.120,--  
Fa. Rasti: 3 Fahrradständer Valero zu einem Kaufpreis von EUR 2.277,--  
Fa. Langer: 3 Fahrradständer L15 zu einem Kaufpreis von EUR 1.296,--

wird zugestimmt.

Die Preise verstehen sich zzgl. USt., Fracht und Verpackung.  
Die Bedeckung ist im Budget 2021 gegeben.

Stadträtin Mujkanovic: Ich wollte mich bei dir, lieber Herwig, bedanken für die Initiative und auch für die gute Zusammenarbeit. Vielleicht auch in dem Sinn dafür, dass du tatsächlich vor Beginn mich als Zuständige für die Kindergärten einbezogen hast und informiert hast. Vielen Dank dafür. Ich finde die Idee wirklich super toll.

Stadtrat Pfeiler: Fahrradständer für die Stadt sind dringend. Das ist richtig. Daher passt es, dass das über einen Dringlichkeitsantrag eingebracht wird, weil es wirklich dringend ist, neue Fahrradabstellanlagen für das Stadtzentrum zu etablieren. Darum haben wir schon am 19.05.2020, also letztes Jahr auch mit Dringlichkeitsantrag die Wichtigkeit neuer Fahrradabstellanlagen im Stadtzentrum hier in den Gemeinderat eingebracht, um hier eine Modellauswahl und Erprobung und Preiserhebungen einzuholen. Danke, dass das jetzt hier beschlussreif vorbereitet wurde. Das ist, wenn man ins Detail geht, richtig Arbeit. Das schätze ich auch, dass das sozusagen abgearbeitet wurde und beschlussreif jetzt vorgelegt wurde. Es sind hier in der Modellauswahl eben jetzt Einstellbügel ausschließlich zur Anwendung gekommen. Die Modellauswahl der Einstellbügel geht aus meiner Sicht auch in Ordnung. Schade ist es, dass wir aus der Kategorie der Anlehnbügel keine Beispielanschaffung zustande gebracht haben. Wir haben es im Ausschuss eh diskutiert, Ich mag jetzt nicht noch einmal die Diskussion anziehen. Es hätte eben hier Modelle gegeben der Kategorie „Anlehnbügel“ von innovametall. Das Model „mobil“ z.B. hätte sich da auch ganz gut geeignet. Sei es wie es sei. Wir werden den Antrag natürlich unterstützen. Das ist keine Frage. Schade um den Wermutstropfen, dass aus der Kategorie der Anlehnbügel hier keine Testung erfolgt.

Stadtrat Hödl: Danke für die Unterstützung. Nur ein kurzes Wort zum Thema „Anlehnbügel“. In einem der aktuellsten Gutachten und es gibt derer aber in großer Zahl werden die Einstellbügel als Weiterentwicklung der Anlehnbügel bezeichnet. Es wird auch in DIN 79010, die für die Prüfung stationärer Fahrradparksysteme Anwendung findet – da sind zwei wesentliche Kriterien, die der Anlehnbügel ganz einfach nicht erreicht und nicht schafft. Das ist einerseits, dass Räder gegen das Wegrollen gesichert sein müssen und dass sie gegen das ungewollte Umschlagen der Lenkung gesichert sein müssen. Beide dieser Kriterien erfüllen Anlehnbügel nicht. Ich wüsste nicht, warum wir ein System von gestern, das nicht dem Stand der Technik entspricht und soweit überblickbar keiner Prüfung standhält, warum wir das in eine Testung hinein bringen sollten. Einzig der Preis würde von der Anschaffung selber durchaus für den klassischen Wiener-Bügel, oder wie auch immer er heißt, sprechen, aber nicht das, was den Stand der Technik betrifft. Stand der Technik sind die Einstellbügel.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|                  |       |   |
|------------------|-------|---|
| Gegenstimmen:    | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |
| Stimmenthaltung: | ÖVP   | 0 |
|                  | SPÖ   | 0 |
|                  | GRÜNE | 0 |
|                  | FPÖ   | 0 |

|             |       |    |
|-------------|-------|----|
| Prostimmen: | ÖVP   | 18 |
|             | SPÖ   | 11 |
|             | GRÜNE | 5  |
|             | FPÖ   | 2  |

### **Dringlichkeitsantrag**

#### **Stockerauer Baseball & Softball Verein – Zuschuss für Zaun**

##### **Sachverhalt:**

*Stadtrat Pohl:* Die Errichtung eines Zauns zum Schutz vor Vandalismus auf dem der Gemeinde gehörigen Grundstück, das an den Baseballverein langfristig verpachtet ist, hat sich mehrfach verzögert und konnte deshalb 2020 nicht abgeschlossen werden.

Neben Corona war auch die Projektierung und Umsetzung erschwert, da weder der Verein selbst noch unsere Mitarbeiter vom Bauhof den Zaun fachgerecht versetzen konnten. Aus 3 Angeboten hat dann die Firma Steiner mit € 17.800,-- brutto (davon € 8.980,-- für den Zaun und der Rest für die Montage) das deutlich billigste Angebot gelegt und wurde vom Baseballverein beauftragt.

Der Baseballverein hat auch die Fördereinreichungen selbst durchgeführt und vom Land NÖ eine Förderzusage über € 3.560,-- erhalten. Die Entscheidung des Verbandes (ASKÖ) steht noch aus und wird aber in ähnlicher Höhe erwartet.

Der Verein ersucht daher um Kostenübernahme in Höhe von € 10.680,-- durch die Stadtgemeinde Stockerau.

Da das Projekt für 2020 vorgesehen war, ist es im Voranschlag 2021 nicht enthalten und soll im 1. NTVA durch Aufstockung der Sportförderung aufgenommen werden.

##### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die außerordentliche Projektförderung in Höhe von € 10.680,-- für den 1. Stockerauer Baseball & Softball Verein zur Errichtung eines Zauns zum Schutz vor Vandalismus wird genehmigt.

*Gemeinderat Klinger:* Prinzipiell ist es so. Das Thema kommt aus dem Jahr 2018, wurde im Juni 2019 im Ausschuss behandelt, wurde im Budget 2020 abgebildet, wurde erst jetzt im März erledigt. Deshalb ist es notwendig, dass so ein Dringlichkeitsantrag gestellt werden muss. Ich ersuche geklärte Sachverhalte nicht als Parteidringlichkeitsanträge einzulegen sondern im Namen des zuständigen Stadtrates. Ich glaube, das ist mir recht wichtig. Sonst spreche ich nur dafür.

*Stadtrat Pfeiler:* Nur eine ganz kurze Anmerkung. Der Antrag geht natürlich auch für mich in Ordnung, keine Frage. Es gibt ja immer wieder das Thema von Infrastrukturbedarfen bei Sportvereinen. Ich denke jetzt zurück an die Thematik Eislaufplatz die Match-Uhr und auch bei

anderen Vereinen tauchen immer wieder Dinge auf. Da wäre die Frage, ob man sich so eine Struktur überlegt, wie wir Infrastrukturthemen für Sportvereine in so Fördergrundsätze fassen, damit das für Vereine auch planbar ist, wenn sie bestimmte Aufwendungen absehbar auf sie zukommen, mit welcher Unterstützung die Verein dabei rechnen können. Ich denke, die Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen in den Vereinen haben genug zu tun, die Vereine am Laufen zu halten. Da wäre es eine gute Unterstützung, Planbarkeit bei Infrastrukturbedarfen auch seitens der Gemeinde anbieten zu können.

*Stadtrat Pohl:* Ich entschuldige mich jetzt nicht dafür, dass ich bei der FPÖ bin. Es steht auch darunter „Stadtrat Herbert Pohl“. Es gibt auch genügend GRÜNE-Anträge, die aus dem Ausschuss heraus kommen und trotzdem von den GRÜNEN kommen.

Zur Infrastruktur möchte ich eines sagen. Das Ganze hat sich verzögert. Der Verein war damals schon der Meinung, sie bauen diesen Zaun selbst auf. Ich habe schon damals abgeraten davon, nicht ob sie das schaffen sondern auch aus Haftungsgründen. Ich bin sehr froh, dass wir das jetzt über eine Firma abwickeln.

Zur Infrastruktur ja. Es gab bis jetzt bei den Vereinen unterschiedlichste Behandlungen, wie Infrastruktur gefördert wurde. Ich versuche, das langsam auf Schiene zu bekommen über die verschiedensten Möglichkeiten, dass die Vereine sich auch gleich gerecht behandelt fühlen. Wird nie gelingen, ist mir bewusst. Wir versuchen auch, dass die Vereine dann irgendwann einmal adäquate Preise für ihre Mieten zahlen. Aber das wird alles eine Zeit brauchen. Wie gesagt, die unterschiedlichsten Behandlungen, was für welches Projekt gefördert wurde und was als Infrastruktur zählt oder was vielleicht zur KIG zählt, das ist noch sehr verworren. Das ist auch eines meiner Ziele, dass wir das irgendwie entwirren und auch transparent gestalten und damit auch eine gewisse Fairness hinein bekommen. Aber, und das muss ich auch sagen, da habe ich ein großes Packerl mitbekommen. Überall, wo jetzt um Unterstützung angesucht wurde, haben wir das gemacht. Wir müssen uns irgendeinmal klar und bewusst werden, machen wir das über die Projektförderung oder ist es Aufgabe der Gemeinde, die Infrastruktur zu stellen, zu erhalten. Da gehören auch in den Verträgen klare Richtlinien hinein. Was ich immer wieder herunter bete, dass wir uns bitte gemeinsam alle Verträge der Liegenschaften anschauen, wo wir Vereine haben, weil auch meiner Meinung nach Unklarheit herrscht. Für mich ist es von der Generalrichtung her – ja man unterstützt am Anfang die Struktur des Vereines, dass man vielleicht die Infrastruktur stellt oder beschafft. Gerade Vereine, die neu sind, haben noch nicht die finanziellen Mittel. Die Erhaltung, die Aufrechterhaltung von Sanierungen und Renovierungen sollten die Vereine selbst tätigen. Es gibt sehr gute Vereine in Stockerau, die auch gut vernetzt sind. Aber wenn ich mir anschau, was in der Alten Au oder auch am Eislaufplatz die Vereine selbst gemacht haben, Hut ab davor, bis hin zu Leuchtmittelanlagen, oder was am Softballplatz in der Alten Au da auf die Beine gestellt wurde. Da sind unsere Vereine sehr gut aufgestellt. Wie gesagt, mein Ziel ist, dass erstens transparent zu machen, nachvollziehbar und im Endeffekt dann auch fair abzuwickeln.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |   |
|---------------|-------|---|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0 |
|               | SPÖ   | 0 |
|               | GRÜNE | 0 |
|               | FPÖ   | 0 |

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 18 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 2  |

Gemeinderat Ćorković nimmt an der Sitzung teil (20:40 Uhr).

Anmerkung zu Wortmeldungen, die keinen Tagesordnungspunkt betreffen:

Im Zuge einer GO-Wortmeldung teilt Vizebgm. Falb mit, von GR a.D. Bolek soeben eine E-Mail erhalten zu haben, die darauf hindeute, dass dieser bei einem der Teilnehmer anwesend sei und auf diese Art der laufenden Video-Gemeinderatssitzung beiwohne, obwohl dies für andere Bürgerinnen und Bürger nicht möglich sei. Er wertete diese Vorgangsweise als unfair und hätte sich gewünscht, dass der betroffene Teilnehmer die anderen vorab über diesen Umstand aufgeklärt hätte. Im Zuge der folgenden GO-Debatte meldeten sich die GemeinderätInnen Kamath-Petters, Polacek, Gaida, Pollak, Kubat, Weiss, die Stadträte Pohl und Hödl sowie Vizebgm. Holzer und Bgm. Völkl kurz zu Wort. Die Wortmeldungen waren durchwegs kritisch. Vizebgm. Holzer hielt fest, der Vorfall zeige, wie sinnvoll GR-Sitzungen mit persönlicher Anwesenheit seien. StR Pohl geht zwar von der juristischen Unbedenklichkeit des Vorfalles aus, wertet ihn jedoch als großen Vertrauensbruch und moniert die Abklärung der offenen rechtlichen Fragen hinsichtlich eines allfälligen Hochladens der Aufzeichnungen. Die GemeinderätInnen Kamath-Petters, Gaida und Polacek vertreten die Ansicht, dass Sitzungen per Videokonferenz weiterhin möglich sein sollen. StR Hödl weist darauf hin, dass im Lichte dieser Vorkommnisse, insbesondere auch die Vertraulichkeit von Ausschusssitzungen in Frage steht.

**Dringlichkeitsantrag**

**Grüninselpflege – Vergabe von Leistungen**

**Sachverhalt:**

Vizebürgermeister Falb: Die Abteilung Grünanlagen des Städtischen Bauhofes betreut derzeit ca. 1.250 Grüninseln mit einer Fläche von ca. 54.000 m<sup>2</sup>.

Durch den Abgang von 4 Saisonkräften in den letzten beiden Jahren (Pension, krankheitshalber, andere Arbeitsstelle) werden die personellen Ressourcen für die Pflege der Randgebiete der Stadt immer weniger. Die Kosten pro Saison/Arbeitskraft betragen min. € 16.000,- (lt. Auskunft Personalamt).

Da die Nachfrage für solche Arbeitsstellen am Arbeitsmarkt sehr gering ist, wurde bei der "Aktion Lebensraum Wald" (kurz ALW genannt) um Unterstützungsmöglichkeiten nachgefragt. Im eingelangten Angebot für die Betreuung von 2 Pflegegebieten im Bereich beidseitig der Senningerstraße mit insgesamt 3.679 m<sup>2</sup> werden Kosten von € 9.100,-- für 2 Pflegedurchgänge/Jahr ausgewiesen. Als gemeinnütziger Verein verrechnet „Aktion Lebensraum Wald“ keine Mehrwertsteuer. Daraus ergibt sich ein Preis von € 2,47/m<sup>2</sup>.

Zum Vergleich: Die Fa. Maschinenring hat 2014 die Pflege der Grüninseln auf der Wienerstraße mit einer Fläche von 3.041 m<sup>2</sup> zum Preis von € 9.600,-- inkl. 20% Ust. angeboten, das ergibt Kosten von € 3,16/m<sup>2</sup>.

Die Leistungen umfassen in beiden Fällen im Wesentlichen die Säuberung der Inseln von Laub und Unrat, die Beikrautentfernung (=Unkraut im herkömmlichen Sinn) und Rückschnitt von in die Verkehrsflächen ragenden Pflanzenteile.

Die zur Vergabe gelangenden Pflegegebiete Nr. 15 und 16 befinden sich stadtauswärts links der Senningerstraße mit der Andernach-Straße, Sindelfingen-Straße, Esslingen-Straße, Dr.-Nikolaus-Britz-Straße, Dr.-Karl-Gladt-Straße, und Franz Dietz-Weg sowie von der Senningerstraße stadtauswärts rechts Richtung Friedhof mit der Bernhard Schilcher-Straße, Franz-Jonas-Straße, Leopold Forstner-Straße, Prof.-Ernst-Jirgal-Gasse, Ludwig-Uhland-Gasse, Dr. Adolf-Schärf Straße.

Durch die fortgeschrittene Jahreszeit und die begrenzte Verfügbarkeit von Arbeitskräften bei der ALW wird daher die baldige Vergabe dieser Leistungen an den Verein „Aktion Lebensraum Wald“, In der Au 5, 2000 Stockerau, in Form eines einjährigen Probebetriebes, vorgeschlagen.

Die ALW ist ein Sozialprojekt für den Wiedereinstieg von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt und wird vom Bund (AMS) und Land NÖ gefördert. Der Verein ist seit 1989 im Forsthaus der Stadtgemeinde Stockerau eingemietet.

Ich persönlich halte es auch aus sozialen Gründen für mehr als angemessen, diesen Versuch zu wagen, weil, wie gesagt, im Bereich „Aktion Lebensraum Wald“ auch Menschen tätig sind, die es am Arbeitsmarkt durchaus nicht einfach haben.

Die Bedeckung ist im laufenden Haushalt gegeben, weil durch den „Ausfall“ von zwei Rabatten-Damen diese € 9.100,--, die wir brauchen, hereingespielt sind.

### **Antrag:**

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Beauftragung des gemeinnützigen Vereins „Aktion Lebensraum Wald“ mit der Grüninselpflege in den Arbeitsgebieten 15 und 16, westlich und östlich der Senningerstraße zum Preis von € 9.100,-- in Form eines einjährigen Probebetriebes wird genehmigt.

Vizebürgermeister Holzer: Wir werden diesem Antrag zustimmen. Es handelt sich um ein Jahr Probebetrieb, weil zwei Damen weniger gekommen sind. Wir werden sich das ansehen. Da sind wir bereit, die Zustimmung zu geben, weil es sich auch um einen Verein handelt, der in der Stockerauer Au ansässig ist und wirklich sozial benachteiligte Menschen dort betreut. Nichtsdestotrotz würde ich mich aber trotzdem freuen, wenn man am Jahresende / Jahresbeginn 2022 eine Ausschreibung macht für Saisonarbeiterinnen. Vielleicht gelingt es doch, wieder die eine oder andere Neue dazu zu bringen, weil sonst wird es in den nächsten Jahren so sein, dass wir bald keine mehr haben. Und das ist nicht in unserem Sinn und das wollen wir nicht. Es werden auch andere irgendwann in Pension gehen oder ausfallen.

Vizebürgermeister Falb: Ich rede auch schon länger mit Franz Els über diese Geschichte. Tatsache ist, dass es nicht einfach ist, SaisonmitarbeiterInnen zu finden, die diese Arbeit, die nicht angenehm ist, sei es durch Hitze, sei es durch den Verkehr, machen wollen, die sich bei der Stadtgemeinde als Saisonkräfte engagieren. Um das Missverständnis vielleicht gar nicht aufkommen zu lassen. Wir haben nicht vor, von den bestehenden Rabattpflegertrupp jemanden mehr oder weniger aus der „Mannschaft zu entfernen“, es sei denn, es geht halt gar nicht mehr. Wir müssen da schon auch daran denken, dass eine gewisse Verantwortung mit dem Arbeitseinsatz verbunden ist, der sehr stark am fließenden Verkehr sich abspielt, und es muss schon natürlich dem Leiter des Bauhofes als verantwortlichen Vorgesetzten zugemutet werden können, wenn jemand gar nicht mehr geeignet ist – und wir hatten jetzt so einen Fall im vergangenen Jahr - hier von einer Saisonbeschäftigung Abstand zu nehmen. Ist aber derzeit nicht zu sehen, aber dem Grunde nach bekennen wir uns zur Fortführung auch durchaus des Projektes der Saisonarbeitskräfte in der Stadtgemeinde. Also, es soll sich daran wiederholt diese Truppe aufrechterhalten.

Stadtrat Hödl: Wir beschäftigen Herrn Roll mit seinen Teams wiederholt bei Pflegemaßnahmen an der Fischwanderhilfe. Ich kann da von sehr positiven, persönlichen Erfahrungen berichten. Er hat immer unterschiedliche Teams, wo Leute leistungsfähiger sind und weniger leistungsfähiger sind, aber im Schnitt auch von den Gesamtkosten her, die gleiche Leistung erbringt wie andere Unternehmen, die das professioneller gestalten. Ich finde das super und es geht ja auch genau darum und da schließt sich, glaube ich, wieder ein bisschen der Kreis zu dir Othmar. Es geht gerade beim Team von Karl Roll darum, Leute wieder einzugliedern in den Arbeitsprozess und sie nicht ewig bei diesem Arbeitslosenprojekt geparkt zu haben, sondern Leute wieder so weit zu bringen, dass sie auch einer Arbeit regelmäßig und nachhaltig nachgehen können. Von dem her passt es, glaube ich, sehr gut zusammen, wenn man den Karl Roll und sein Projekt da auch aktivieren, weil wir vielleicht gerade aus diesem Kreis der Leute, die dann arbeiten, auch Personal für die kommenden Jahre in einem anderen Modus für die Stadtgemeinde gewinnen können.

Stadtrat Pfeiler: Danke für diesen Antrag. Vielleicht zur Erläuterung. Es gibt eine Jahresplanung für die Grünraumpflege 2021, die ist auch im Umweltausschuss besprochen worden. Auf der Basis ist da natürlich auch sichtbar geworden im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von der einen oder anderen Mitarbeiterin - in Summe in den letzten Jahren vier Mitarbeiterinnen bei den Saisonkräften - dass hier eine Personallücke entstanden ist. Das ist ja auch in der Personalplanung des Bauhofes dann offensichtlich geworden. Insofern ist es wirklich notwendig, hier diese Personallücke zu schließen. Danke auch für das ausgesprochene Bekenntnis zu dem Konzept der Saisonarbeitskräfte in der Weise, wie es jetzt durchgeführt wurde. Das ist, glaube ich, auch eine ganz wichtige Bemerkung jetzt gewesen.

Anschließend an Othmar und auch an dich Herwig. Die „Aktion Lebensraum Wald“ ist ein Sozialprojekt für die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen. Dadurch, dass sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass es für den Bereich der Saisonarbeitskräfte schwieriger sich gestaltet, hier das Team wirklich vollständig zusammen zu stellen, sollte man versuchen, im Rahmen dieses einjährigen Testbetriebes jetzt in der heurigen Saison zu schauen, welche Personen sind hier für eine Übernahme in das Saisonarbeitsteam im nächsten Jahr in Frage stehend, weil es soll ja eben hier der Wiedereinstieg in eine reguläre Beschäftigung ermöglicht werden durch dieses Projekt. Also, von dem her sollte man das nutzen. Ich glaube, da gibt es einen Vorteil auf beiden Seiten. Die Stadtgemeinde, die Saisonarbeitskräfte sucht und braucht, und die „Aktion Lebensraum Wald“, die Menschen wieder in ein Arbeitsleben vermitteln möchte.

Von dem her würde ich gerne einen Zusatzantrag stellen in der Weise und zwar: Am Ende der Saison 2021 soll evaluiert werden und mit den betroffenen Mitarbeitern der „Aktion Lebensraum Wald“ soll das Gespräch gesucht werden, inwiefern eine Übernahme in das Team der Saisonarbeitskräfte im Jahr 2022 möglich und angestrebt wird.

Gemeinderat Polacek: Ich kenne Roll Karl recht gut. Ich kenne auch manche seiner Leute. Durch meine Insektenhaus-Geschichte voriges Jahr habe ich einige kennen lernen dürfen. Das sind ganz liebe Leute. Aber natürlich Langzeitarbeitslose, wie Didi schon gesagt hat, die gehören zurück integriert und das ist prinzipiell eine gute Idee, dass man da vielleicht wem direkt wieder rausholt. Eine gute Sache werden wir unterstützen, werden wir zustimmen, alles miteinander solange es im Rahmen bleibt. Die Damen, die die Rabatte jetzt pflegen, gerade jetzt bei diesem Wetter, mal scheint die Sonne, mal schneit es, die stehen da draußen und machen ihre Arbeit. Mir tun sie leid, wenn ich vorbei fahre. Da gehört einfach mehr gemacht und im Sommer, wenn wirklich die Sinne herunter heizt, die sind fertig mit einem Rabatt in der Straße und bis sie am Ende sind, können sie vorne wieder anfangen. Die sind einfach zu unterbesetzt, um da wirklich eine adäquate Pflege bei den ganzen Rabatten, die wir haben, durchführen zu können. Darum ist es sehr begrüßenswert, dass man da die „Aktion Lebensraum Wald“ miteinbaut.

Vizebürgermeister Falb: Danke für die breite Unterstützung. Zu StR Pfeiler – war das ein Zusatzantrag oder wie verstehe ich das? Ich möchte folgendes dazu sagen. Ich bin durchaus bereit oder halte es für klug, den Versuch zu unternehmen, Langzeitarbeitslose aus welchem Projekt auch immer, natürlich auch aus dem Projekt von Herrn Roll, im Übrigen ist Herr Zeman da auch immer wieder aktiv, aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus zu holen und zu integrieren. Die Gemeinde kann da durchaus ein vernünftiger und guter Arbeitgeber sein. Ich würde nur gerne bitte, diesen Antrag nicht abstimmen bzw. würde ich ihm jetzt nicht zu zustimmen. Warum? Weil ich denke, dass wir das zuerst mit Herrn Roll besprechen sollte, auf welche Art wir da vorgehen sollen. Das nächste ist nämlich, was wir anbieten können hier in der Stadtgemeinde, ist, jetzt im Bereich der Rabattenpflege erst recht wieder nur eine Saisonarbeitsstelle für die Leute. D.h. es gehört zuerst besprochen. Ich bin nicht dagegen, um das noch einmal zu sagen. Ich würde nur in der Formulierung den Zusatzantrag, wenn es irgendwie geht, in meinem Ausschuss kann man gerne darüber reden, ich kann auch mit Franz Els darüber reden, aber ich möchte vor allem, dass zuerst mit Herrn Roll darüber geredet wird, in welcher Weise wir das angehen. Dass der Vorschlag per se dem Grunde nach vernünftig ist, stelle ich nicht in Abrede.

Vizebürgermeister Holzer: Im Prinzip kann man Martin nur Recht geben. Wenn Herr Roll Mitarbeiter in seinem Kurs hat, die geschickt sind und willig sind, gibt es immer wieder Gespräche mit dem Personalamt mit Herrn Zeman. Wir haben auch schon einige aufgenommen im Bereich des Bauhofes, im Bereich der Müllabfuhr. Man redet ständig mit Herrn Roll, jetzt noch verstärkt mit diesem neuen Auftrag. Ich glaube, es gibt die Zusage, das wir dazu stehen zu diesem System. Das müsste meiner Meinung nach reichen. Ich habe auch meinen Wunsch nicht als Zusatzantrag formuliert. Ich weiß, dass es schwierig ist, Personal zu bekommen. In der Politik ist vieles schwierig oder alles schwierig. Ich wünsche mir nur, dass wir suchen ab Jahresende auch am anderen Arbeitsmarkt, nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in solchen Projekten drinnen sind. Vielleicht gibt es doch die eine oder andere Dame, die sich die Saisonarbeit für ein paar Monate nächstes Jahr 2022 vorstellen kann. Ich glaube, wenn wir diesem Antrag so genehmigen und es wollen eh alle Fraktionen, kann man das durchaus so stehen lassen und es wird weiter Gespräche in die Richtung geben. Da bin ich überzeugt, dass der erste Vizebürgermeister sein Wort hält und uns da am Laufenden hält in den nächsten Ausschusssitzungen bzw. im Herbst dann.

Vizebürgermeister Falb: Danke.

Stadtrat Dummer: Ich wollte auch nur zum Zusatzantrag sagen, dass den Leuten sicher nicht geholfen ist, wenn sie jetzt ganzjährig beim Projekt Forst beschäftigt sind, dass man sie dann in einen Saisonarbeitsplatz übernimmt, der dann sechs, sieben, acht Monate läuft. Die brauchen dann schon eine dauerhafte Beschäftigung. Darum würde ich den Zusatzantrag jetzt in der Form nicht befürworten, weil man da mit den Leuten erst reden muss, ob das dienlich ist.

StADir. Riedler: Wir haben schon des Öfteren Leute, die bei Herrn Roll gearbeitet haben, dann, wenn sie irgendwie zu uns gepasst haben, in ein Dauerdienstverhältnis übernommen. Das ist jetzt keine Seltenheit gewesen. Es passt nicht immer, aber wenn es sowohl für den Arbeitnehmer als auch für uns gepasst hat, haben wir einige von dort.

Stadtrat Pfeiler: Wenn es zum Saisonende zu einer Evaluierung kommt und die auch stattfindet und nachdem ich hier jetzt wahrnehme, dass die ohnehin laufend stattfindet, ist das für mich in Ordnung. Es war selbstverständlich kein Gegenantrag, um das klar zu stellen, es war ein Erweiterungsantrag, Selbstverständlich war nicht die Absicht, irgendjemanden zwangszu-verpflichten zur Saisonarbeit. Das würde ich mir nicht anmaßen, dass man jetzt irgendwie einen Antrag stellt, bei dem man dann am Ende irgendjemanden zwangsverpflichtet zur Saisonarbeit. So war es in keinem Fall gemeint. Das Arbeitsverhältnis kommt natürlich immer nur durch wechselweises Vereinbaren zustande und nie einseitig.

Vizebürgermeister Falb: So habe ich es nicht gemeint.

Stadtrat Pfeiler: Ja, ok.

Bürgermeisterin Vökl: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, wie er von Vizebürgermeister Falb vorgetragen wurde.

**Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

|               |       |    |
|---------------|-------|----|
| Gegenstimmen: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Stimmhaltung: | ÖVP   | 0  |
|               | SPÖ   | 0  |
|               | GRÜNE | 0  |
|               | FPÖ   | 0  |
| Prostimmen:   | ÖVP   | 18 |
|               | SPÖ   | 11 |
|               | GRÜNE | 5  |
|               | FPÖ   | 3  |

Bürgermeisterin Völkl schließt die öffentliche Sitzung.

Im Anschluss findet die nicht öffentliche Sitzung statt.

Die Bürgermeisterin

Mag. (FH) Andrea Völkl

Für die ÖVP-Fraktion

Für die SPÖ-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

2.Vizebgm. Othmar Holzer

Für die GRÜNEN-Fraktion

Für die FPÖ-Fraktion

StR DI Dietmar Pfeiler

StR Herbert Pohl

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder-Spreng